

Offener Brief an Bürgermeister, Waldbesitzer, Planungsverbände und Windkraftbetreiber

März 2026

AN

Alle Bürgermeister, Gemeinderäte, Waldbesitzer, Planungsverbände und Betreiberfirmen, die Windkraftanlagen in deutschen Wäldern planen, befürworten oder dulden.

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir wenden uns heute an Sie – nicht mit einer Petition, nicht mit einer Unterschriftenliste, nicht mit dem üblichen Schreiben, das man liest, abheftet und vergisst. Wir wenden uns an Sie mit einer Frage, die wir Ihnen direkt, persönlich und ohne diplomatische Umschreibung stellen möchten: Was genau rechtfertigt es, unsere Wälder für Windräder zu opfern, deren wirtschaftliche Grundlage längst weggefallen ist?

Wir sind Bürgerinnen und Bürger. Wir wohnen in den Gemeinden, in denen Sie Entscheidungen treffen. Wir bezahlen mit unseren Steuern die Fördergelder, mit denen Windparkbetreiber über Jahrzehnte alimentiert wurden. Und wir gehen in die Wälder, die Sie gerade dabei sind, unwiederbringlich zu zerstören. Wir kennen diese Wälder. Wir ken-

nen die Bäume, die Wege, das Licht zwischen den Stämmen am frühen Morgen. Und wir werden nicht schweigen, während man uns erzählt, das alles sei ein notwendiges Opfer für die Energiewende.

An die Bürgermeister und Gemeinderäte

Sie wurden gewählt, um Ihre Gemeinde zu vertreten. Nicht die Interessen von Projektentwicklern, die mit fertig gezeichneten Plänen in Ihre Büros kommen. Nicht die Interessen von Fonds, die Rendite suchen und dafür Windräder in Schwachwindgebiete stellen wollen, in denen sie sich nach allen aktuellen Marktdaten schlicht nicht rechnen.

Wir wissen, dass Sie unter Druck stehen. Wir wissen, dass Flächenziele von oben vorgegeben werden, dass Bundesgesetze Genehmigungsverfahren beschleunigen sollen, dass Ihnen mancherorts gesagt wird, Sie hätten gar keine Wahl. Doch Sie haben eine Wahl. Sie haben die Pflicht, genau hinzuschauen. Sie haben die Pflicht, Zahlen zu prüfen – und nicht einfach zu unterschreiben, was man Ihnen vorlegt.

Haben Sie die aktuellen Ausschreibungsergebnisse der Bundesnetzagentur gesehen? Wissen Sie, dass der anzulegende Wert für Windstrom von 11,39 Cent auf 9,39 Cent pro Kilowattstunde gefallen ist – ein Einbruch von 18 Prozent? Wissen Sie, dass im vergangenen Jahr 652 Stunden Negativstrompreise registriert wurden, in denen Windkraftbetreiber keine EEG-Förderung mehr erhalten? Wissen Sie, was das für die Rentabilität der Projekte bedeutet, die man Ihnen gerade zur Genehmigung vorlegt?

Falls Sie das nicht wissen: Das ist ein Problem. Denn es bedeutet, dass die Kalkulationen, die Ihnen Projektentwickler präsentieren, auf Annahmen beruhen, die der Markt längst widerlegt hat. Wenn der Betreiber in die Insolvenz geht, bleibt der Betonsockel im Waldboden. Der

Rückbau bleibt am Ende an der Gemeinde hängen. An Ihnen. An uns. Fordern Sie unabhängige Gutachten. Fragen Sie, was passiert, wenn der Betreiber in zehn Jahren nicht mehr existiert. Wenn Sie keine zufriedenstellende Antwort bekommen, dann ist das Ihre Antwort.

An die Waldbesitzer

Wir verstehen Sie. Wirklich. Wer einen Wald besitzt, kennt auch die Last, die damit verbunden ist. Pflegekosten, Borkenkäfer, Sturmschäden, sinkende Holzpreise. Und dann kommt jemand und bietet Ihnen eine Pacht, die verlässlicher klingt als alles, was der Forst in den letzten Jahren eingebracht hat. Das ist verlockend. Das wäre es für jeden.

Aber wir bitten Sie: Lesen Sie den Vertrag. Den ganzen Vertrag. Lassen Sie ihn von einem unabhängigen Anwalt prüfen, der keinerlei Verbindung zur Windkraftbranche hat. Schauen Sie genau hin, was in den Klauseln zur Rückbauverpflichtung steht – und wer am Ende haftet, wenn das Geld dafür nicht da ist. Das Risiko, das Sie eingehen, ist real. Der Windparkentwickler Abo Energy – seit 1996 am Markt, einer der etabliertesten der Branche – hat im vergangenen Jahr erstmals in seiner Geschichte einen Jahresverlust eingefahren: 170 Millionen Euro. Was das für kleinere Betreiber bedeutet, muss man nicht lange erklären.

Ihr Wald ist mehr wert als eine Pacht, die in einem insolventen Windparkprojekt endet. Ihr Wald ist das Kapital Ihrer Familie, vielleicht über Generationen. Er wächst langsam. Was man in ihm baut, zerstört ihn schnell. Und was zerstört ist, kommt nicht zurück – nicht in Ihrer Lebenszeit, nicht in der Ihrer Kinder.

An die Planungsverbände und Regionalplaner

Sie haben eine technische, eine planerische Aufgabe. Wir respektieren das. Aber Planung bedeutet, die Realität zu

berücksichtigen – und die Realität hat sich verändert. Schwachwindgebiete in Bayern und Baden-Württemberg liefern nicht die Erträge, die in den Planungsunterlagen stehen. Das ist keine politische Meinung. Das sind Physik und Finanzmathematik. Eine Windgeschwindigkeit von 5,24 Metern pro Sekunde reicht schlicht nicht aus, um ein wirtschaftlich tragfähiges Windkraftprojekt zu betreiben.

Wir fragen Sie: Welchen Sinn hat es, Flächen für Windkraftanlagen auszuweisen, die sich nach allen verfügbaren Daten nicht rechnen werden – und dafür Waldflächen zu opfern, die ökologisch, klimatisch und gesellschaftlich von unschätzbarem Wert sind?

Ein Wald bindet CO₂, kühlt seine Umgebung, filtert das Grundwasser, schützt vor Erosion und bietet Lebensraum für hunderte Tier- und Pflanzenarten. Ein Windrad in einem Schwachwindgebiet produziert in einem Drittel der Zeit gar keinen Strom – und rechtfertigt dafür den dauerhaften Verlust dieser Ökosystemleistungen. Das ist keine seriöse Abwägung. Das ist Symbolpolitik auf Kosten der Natur.

An die Projektentwickler und Betreiberfirmen

Mit Ihnen wollen wir besonders direkt sprechen. Denn bei Ihnen beginnt und endet die Kette, um die es hier geht. Sie präsentieren Bürgermeistern Hochglanzfolien mit Versorgungszahlen, die jeder Ingenieur als irreführend bezeichnen würde. Sie beauftragen Windgutachten bei Büros, die erfahrungsgemäß eher im oberen Bereich der Wahrscheinlichkeitsspanne rechnen. Sie legen Investoren Verkaufsprospekte vor, in denen auf Seite 16 in kleiner Schrift steht, dass ein Totalverlust bis hin zur Privatinsolvenz möglich ist – und auf Seite 2 steht die schöne Grafik mit den stabilen Erträgen.

Wir fordern Sie auf: Rechnen Sie ehrlich. Stellen Sie

*vollständige, ungeschönte
Wirtschaftlichkeitsberechnungen zur Verfügung – nicht
nur für Ihre Investoren, sondern auch für die Gemeinden
und Grundstückseigentümer, mit deren Ressourcen Sie Ihre
Projekte umsetzen. Wenn Sie das nicht tun, tun wir es.
Wir werden die Zahlen öffentlich machen.*

Sie gehen in die Wälder – unsere Wälder – und fällen Bäume, die älter sind als Ihr Unternehmen. Sie gießen Betonfundamente, die tiefer reichen als jede Rückbaurücklage, die Sie angelegt haben. Wenn das Projekt scheitert, sind Sie weg. Das Fundament bleibt. Der zerstörte Wald bleibt. Die Gemeinde bleibt. Und wir bleiben.

Was wir fordern

Wir sind keine Fortschrittsfeinde. Wir wissen, dass die Energieversorgung sich verändern muss. Aber ein Kompromiss bedeutet, dass beide Seiten etwas geben – nicht, dass Natur, Steuerzahler und Gemeinwohl geben, während Projektentwickler nehmen.

Wir fordern transparente und vollständige Wirtschaftlichkeitsberechnungen für jedes geplante Windkraftprojekt, geprüft durch unabhängige Stellen ohne Verbindung zur Windkraftbranche. Wir fordern verbindliche, ausreichend finanzierte Rückbaubürgschaften, die nicht vom wirtschaftlichen Fortbestand des Betreibers abhängen. Wir fordern ein vollständiges Moratorium für Windkraftanlagen in bewirtschafteten und natürlichen Wäldern, solange keine belastbaren Alternativstandorte auf bereits versiegelten Flächen erschlossen wurden. Und wir fordern echte Beteiligung der betroffenen Bevölkerung – nicht die Scheinbeteiligung einer Infoveranstaltung, auf der alles längst entschieden ist.

Eine letzte Bitte

Wir schreiben diesen Brief nicht aus Wut, auch wenn die Wut da ist. Wir schreiben ihn aus Verantwortung. Wir bitten Sie: Gehen Sie in diesen Wald, bevor Sie unterschreiben. Nicht mit dem Gutachter, nicht mit dem Projektierer. Allein. Hören Sie, wie es dort klingt. Und fragen Sie sich dann, ob das, was Sie planen, wirklich unausweichlich ist.

Wir wissen: Die Zahlen stimmen nicht. Die Entscheidung ist nicht unausweichlich. Und der Wald ist es wert, ihn zu retten.

Mit freundlichen, aber unmissverständlichen Grüßen,

OFFENER BRIEF

Bürgerinitiative Pro Natur – Gegen Windräder im Wald

Für den Schutz unserer Wälder und eine ehrliche Energiepolitik · März 2025

Dieser offene Brief darf geteilt, zitiert und weitergeleitet werden.

Wenn der Wind krank macht – Ein Urteil erschüttert die

Windkraftbranche



Frankreich setzt ein Zeichen: Erstmals erkennt ein Gericht den direkten Zusammenhang zwischen Windrädern und Gesundheitsschäden an

Es war ein ganz normaler Herbsttag im November, als in Straßburg ein Urteil gefällt wurde, das die Windkraftbranche in ihren Grundfesten erschüttern sollte. Still, fast unbemerkt von der großen Öffentlichkeit, sprach das Zivilgericht des Tribunal judiciaire de Strasbourg aus, was Tausende von Anwohnern in ganz Europa seit Jahren verzweifelt zu beweisen versuchen: Windräder machen krank. Nicht als Einbildung, nicht als Hysterie – sondern als juristisch anerkannte, medizinisch

belegte Tatsache.

Eine ehemalige Lehrerin aus einem kleinen Dorf in der Somme, die seit 1985 gemeinsam mit ihrem Mann das ruhige Landleben genoss, steht im Mittelpunkt dieses historischen Verfahrens. Seit 2009 – dem Jahr, in dem zwölf Windmasten buchstäblich am Ende ihres Gartens errichtet wurden – ist von Ruhe keine Rede mehr. Was folgte, war ein schleichender, zermürender Albtraum.

Das Ende der Stille

Stellen Sie sich vor: Sie haben Ihr Leben lang für ein Stück Frieden auf dem Land gearbeitet. Ein Haus, ein Garten, frische Luft, Vogelgezwitscher. Dann, von einem Tag auf den anderen, ragen zwölf stählerne Giganten aus dem Boden – tagsüber mit weißem Blinklicht, nachts mit rotem. Die Rotorblätter drehen sich unaufhörlich, Tag und Nacht, Sommer wie Winter. Und mit ihnen beginnt ein Geräusch, das man nicht wirklich hören kann – aber das man fühlt. Tief im Körper. Im Kopf. In den Knochen.

Genau das beschreibt die Klägerin aus der Somme. Schwindel. Schlafstörungen. Angstzustände. Konzentrationsprobleme. Kopfschmerzen, die sich schleichend entwickelten – zwei bis drei Monate nach der Inbetriebnahme der Anlage – und die verschwanden, sobald sie das Haus verließ oder die Windräder abgeschaltet wurden. Die Korrelation war eindeutig. Für die Betroffene. Für ihren Neurologen. Und nun auch für das Gericht.

„Das Gericht stellt fest, dass der Betrieb der in der Nähe des Wohnhauses von Frau [...] errichteten Windkraftanlagen die direkte und sichere Ursache des Stresses und der Angst ist, die die Betroffene empfindet“, heißt es im Urteil vom 13. November. Klarer kann ein Richterspruch kaum sein.

Das Schweigen der Wissenschaft – und das Leiden der Menschen

Was diesen Fall so brisant macht, ist nicht nur das Urteil selbst. Es ist die jahrelange Ignoranz, mit der Behörden, Politiker und Teile der Wissenschaft die Klagen von Anwohnern abgetan haben. Das sogenannte „Windrad-Syndrom“ – ein Begriff, den Betroffene selbst geprägt haben – wurde jahrelang belächelt, als psychosomatisch abgestempelt, als Einbildung von Fortschrittsfeinden und Nimbys (Not in my backyard) abgetan.

Dabei ist die Liste der Symptome erschreckend konsistent: Tinnitus, Kopfschmerzen, Schlafstörungen, Gedächtnisprobleme, anhaltende Erschöpfung, Depressionen, Schwindel, Übelkeit. Immer wieder dieselben Beschwerden. Immer wieder dieselbe Quelle.

Rechtsanwalt Philippe Bodereau, der die Klägerin vertrat, legte den Richtern ein beeindruckendes Dossier vor. Darunter der Bericht des französischen **Dr. Pierpont**, der die vielfältigen Lärmbelästigungen durch Windräder dokumentiert. Dazu eine amerikanische Studie des **Dr. Nissebaum** aus dem US-Bundesstaat Maine, die einen klaren Zusammenhang zwischen der Entfernung von Windrädern und dem Auftreten von Schlafstörungen sowie Depressionen bei Anwohnern belegt. Je näher die Turbinen, desto schwerer die Symptome. Eine Erkenntnis, die eigentlich niemanden überraschen sollte – außer vielleicht jene, die an der Windkraft verdienen.

Die unsichtbare Bedrohung: Infraschall

Besonders alarmierend ist die Rolle der sogenannten **Infraschallwellen** – Töne unterhalb von 20 Hertz, die das menschliche Ohr nicht wahrnehmen kann, die der Körper aber dennoch registriert. Man hört sie nicht. Man spürt sie. Und genau das macht sie so gefährlich: Man kann sich nicht dagegen

wehren, weil man sie nicht bewusst wahrnimmt.

Ein Dokument einer Behörde zur Prävention beruflicher Risiken, das Bodereau den Richtern vorlegte, ist in seiner Deutlichkeit erschreckend: Bei „ausreichend intensiver und wiederholter Exposition“ verursachen diese unhörbaren Schallwellen **Unbehagen, Erschöpfung, Reizbarkeit, Kopfschmerzen, Schwindel und Übelkeit**. Symptome, die sich wie eine Blaupause der Beschwerden lesen, die Windkraftanwohner seit Jahren schildern.

Das Perfide dabei: Infraschall lässt sich kaum abschirmen. Er durchdringt Wände, Decken, Böden. Der Windkraftbetreiber hatte zwar Schallschutzmaßnahmen im Schlafzimmer der Klägerin durchführen lassen – doch ohne Erfolg. Und genau hier liegt, wie Bodereau treffend anmerkt, eine bittere Ironie: **Warum sollte ein Unternehmen teure Dämmarbeiten in einem Privathaus bezahlen, wenn es nicht selbst wüsste, dass seine Anlagen Schaden anrichten?** Diese Maßnahme ist nichts anderes als ein stilles Schuldeingeständnis.

Ein Präzedenzfall – und seine Vorgeschichte

Das Urteil von Straßburg steht nicht allein. Bereits 2021 hatte das **Berufungsgericht Toulouse** einem Ehepaar aus dem Tarn Recht gegeben, das unter Schwindel, Kopfschmerzen und einem permanenten Gefühl der Beklemmung litt. Das Gericht erkannte eine „abnormale Nachbarschaftsstörung“ an – und der Windparkbetreiber musste **100.000 Euro Entschädigung** zahlen.

Nun, in Straßburg, geht die Justiz noch einen entscheidenden Schritt weiter: Nicht nur eine Störung wird anerkannt, sondern ein **direkter Kausalzusammenhang** zwischen dem Betrieb der Windräder und den Gesundheitsschäden. Die Klägerin erhielt 8.300 Euro Entschädigung, ihr Ehemann – dessen Lebensqualität durch das Leiden seiner Frau ebenfalls massiv beeinträchtigt

wurde – weitere 5.000 Euro.

Für Anwalt Bodereau ist dies ein historischer Moment: „Zum ersten Mal wird eine Verbindung zwischen dem Betrieb von Windkraftanlagen und den Auswirkungen auf die körperliche und seelische Gesundheit hergestellt.“

Behörden schauen weg – Betroffene zahlen den Preis

Während die Justiz langsam aufwacht, schlafen die Gesundheitsbehörden weiter. **Die Académie nationale de médecine** erklärte noch 2017 in einem Bericht, die Rolle des Infraschalls könne „vernünftigerweise ausgeschlossen werden“. Die **ANSES** – Frankreichs Behörde für Lebensmittel-, Umwelt- und Arbeitssicherheit – sieht keinen Anlass, die Regulierung von Windparks zu verschärfen.

Und doch: Selbst die **ANSES** muss einräumen, dass „die potenziellen Auswirkungen von Infraschall und Niederfrequenzschall auf die Gesundheit bisher nur wenig wissenschaftlich untersucht wurden“. Man empfiehlt daher, „die Forschung zu den Zusammenhängen zwischen Gesundheit und Exposition gegenüber Infraschall und Niederfrequenzschall fortzusetzen“.

Mit anderen Worten: **Wir wissen es nicht genau – aber wir bauen trotzdem weiter.** Tausende von Windrädern werden errichtet, Millionen von Menschen leben in ihrer Nähe, und die Forschung hinkt hinterher. Das ist keine Energiepolitik. Das ist ein Experiment am lebenden Menschen.

Was bedeutet das für Deutschland?

Frankreich hat gesprochen. Und die Frage, die sich nun stellt, ist: Wann zieht Deutschland nach?

Hierzulande leben Hunderttausende von Menschen in der Nähe von Windkraftanlagen. Der Mindestabstand von 500 Metern – in manchen Bundesländern sogar weniger – erscheint angesichts der vorliegenden Erkenntnisse wie ein schlechter Witz. In Bayern gilt zwar die sogenannte **10H-Regelung**, die einen Mindestabstand vom Zehnfachen der Anlagenhöhe vorschreibt – doch diese wurde von der Regierung faktisch ausgehöhlt.

Während Politiker und Lobbyisten die Energiewende als alternativlos feiern, zahlen die Menschen in den betroffenen Dörfern den Preis: mit ihrer Gesundheit, mit ihrer Lebensqualität, mit dem Wert ihrer Häuser – und mit dem Schlaf, den sie Nacht für Nacht verlieren.

Fazit: Das Schweigen hat ein Ende

Das Urteil von Straßburg ist mehr als eine juristische Entscheidung. Es ist ein Dambruch. Es gibt den Betroffenen ihre Würde zurück. Es sagt: Ihr habt nicht übertrieben. Ihr habt nicht fantasiert. Ihr habt gelitten – und das war real.

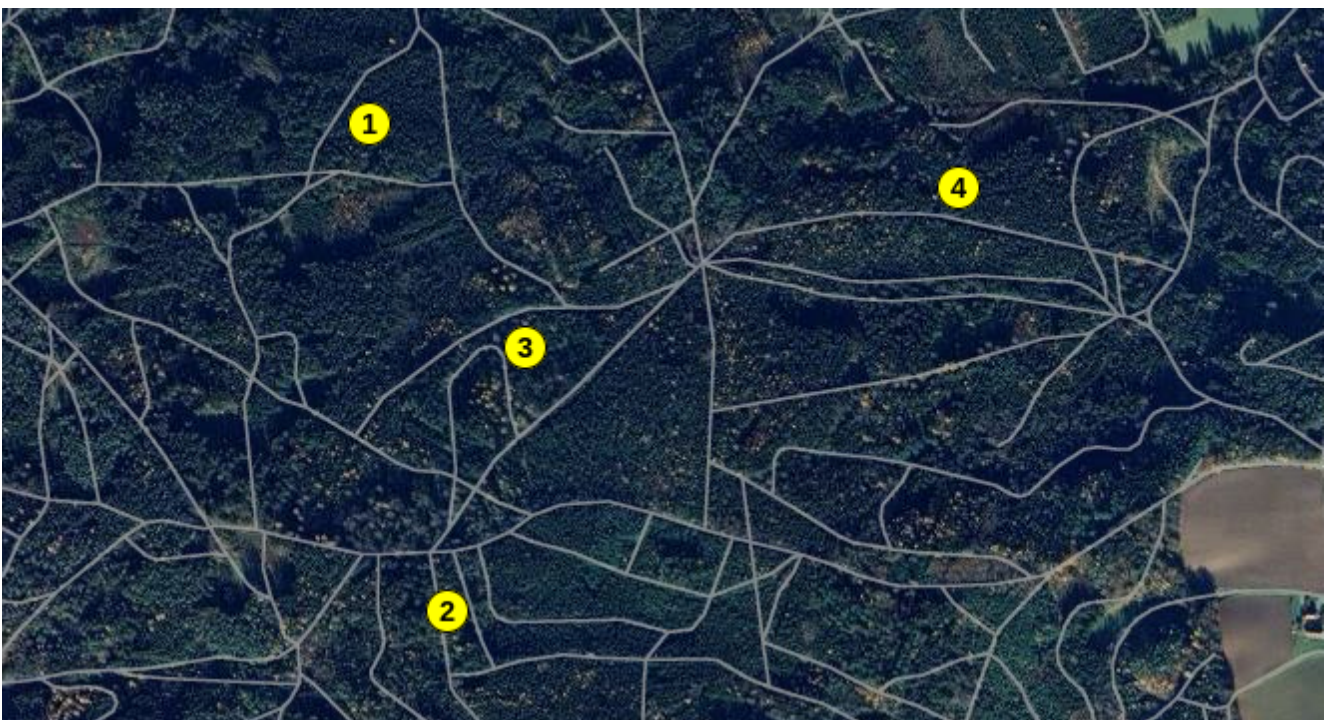
Die Windkraftindustrie, die Milliarden mit dem grünen Gewissen der Gesellschaft verdient, wird sich nun warm anziehen müssen. Denn wenn Gerichte erst einmal anfangen, Kausalzusammenhänge anzuerkennen, werden die Klagen nicht weniger werden. Sie werden mehr.

Und vielleicht – nur vielleicht – wird dann endlich die Frage gestellt, die längst hätte gestellt werden müssen: **Zu welchem Preis wollen wir die Energiewende?** Und wer bezahlt ihn?

Quellen: Le Figaro, Urteil des Tribunal judiciaire de Strasbourg vom 13. November 2025, Berufungsgericht Toulouse 2021, ANSES-Bericht, Académie nationale de médecine 2017

<https://www.lefigaro.fr/actualite-france/la-justice-fait-le-lien-entre-les-problemes-de-sante-d-une-habitante-de-la-somme-et-la-proximite-d-un-parc-eolien-20260122>

„Forstwirt gegen den Wald“ – Warum Klein von Wisenberg als Forstwirt im Wald völlig versagt



Ein Diplom-Forstwirt, öffentlich bestellter Gutachter, Waldbesitzer – und dann Windräder im Wald? Wer Wälder fachlich schützen soll, darf sie nicht wie beliebige Bauflächen behandeln. Waldboden, Randeffekte, Artenschutz und Flächenfraß sprechen eine klare Sprache: Wald ist kein Standortpuffer für Planungsnot.

Quelle: fachagentur-wind-solar.de

Titel sind keine Ausrede – Verantwortung

schon gar nicht

Klein von Wisenberg tritt öffentlich als Diplom-Forstwirt (Univ.), Waldbesitzer und forstlicher Sachverständiger auf. Genau damit steigt die Verantwortung, **Waldfunktionen** zu sichern – nicht sie auf dem Altar der Standortsuche zu opfern. Wer Wälder kennt, weiß: Sie filtern Trinkwasser, puffern Klimaextreme und sind Lebensräume mit feinen, verletzlichen Gleichgewichten. Das ist keine Meinung, sondern Behördenwissen.

Quelle: [LWF Bayern](#)

Flächenrealität statt Schönfärberei

Selbst die projektfreundliche Fachagentur Wind dokumentiert: Ende **2022** standen bereits **2.350–2.373** Windräder in deutschen Wäldern; **dauerhaft umgewandelte Waldfläche** pro Anlage: im Schnitt **0,46 ha** – zuzüglich ähnlicher temporärer Rodung in der Bauphase. Dauerhaft heißt: über die gesamte Betriebszeit baumfrei und befahrbar halten. Das ist kein „Nichts-Passiert-Szenario“, das sind **bleibende Eingriffe**.

Quelle: fachagentur-wind-solar.de

Klartext: Wer Wind im Wald pusht, vergrößert die Summe aus Rodung, Wegen, Stellflächen und Zerschneidung – und verschiebt damit Ökosystemfunktionen auf Jahrzehnte.

Quelle:

fachagentur-wind-solar.de

Bäume im Waldinneren sind keine Randbäume – bis man sie dazu macht

Ein Waldinnenbestand funktioniert anders als ein Waldrand.

Schneisen und Rodungsinseln erzeugen **Randeffekte**: mehr Wind, mehr Strahlung, stärkere Austrocknung, Struktur- und Mortalitätsänderungen. Forstliche Merkblätter beschreiben die **klimatischen Gradienten** und den besonderen Pflegebedarf von Waldrändern; genau deshalb wird ihre gezielte Anlage und Pflege empfohlen – und nicht das beliebige Erzeugen neuer Ränder durch Infrastruktur.

Quelle1: [NW-FVA](#)

Quelle2: [Thüringen Forst Waldbesitzerportal](#)

Waldboden: Was in Jahrhunderten wächst, ist mit einem Bagger schnell kaputt

Waldböden sind **Wasserspeicher und Filter**. Das Versickern durch humose Horizonte entfernt Partikel, bindet gelöste Stoffe und sichert Trinkwasserqualität – eine Kernleistung des Waldes. Gleichzeitig ist **Bodenbildung extrem langsam**: für ~1 cm **humosen Oberboden** oft ≥ 100 Jahre, teils **100–300 Jahre**. Wer Fundament, Kranstellplatz und Wege setzt, **reduziert** Infiltration und Speicher und erhöht Abfluss und Temperaturspitzen. Das kann man nicht „manuell ersetzen“. Punkt.

Quelle1: [LWF Bayern](#)

Quelle2: [lfu.bayern.de](#)

Quelle3: [Umweltbundesamt](#)

„Leise“ Technik? Für die Fauna zählt der Betrieb, nicht die Marketingfolie

Zur oft genannten **Vestas V172**: Der Hersteller weist – je nach Modus – **Schalleistungspegel** um ~107 dB(A) aus (z. B. **106,9 dB(A)** im 6,8-MW-Modus). Das ist **Schalleistung**, nicht der am Waldboden gemessene Schalldruck. Für Wildtiere zählt nicht nur

das Dezibel-Marketing, sondern die reale Störung: verändertes Jagd-, Meide- und Kommunikationsverhalten.

Quelle: d-kueppers.eu

Besonders heikel: **Fledermäuse**. Das Bundesamt für Naturschutz bestätigt die Gefährdung ohne Schutzvorkehrungen und schlägt eine **bundeseinheitliche Signifikanzschwelle** von **< 1 Tier/Anlage/Jahr** vor – verbunden mit **differenzierten Abschaltvorgaben**. Waldstandorte kombinieren Lebensraumverlust durch Rodung mit Kollisions- und Meideeffekten. Wer Waldstandorte befürwortet, **muss** harte Abschaltregimes mitdenken – mit deutlichen Ertragsverlusten.

Quelle: [Bundesamt für Naturschutz](http://Bundesamt_für_Naturschutz)

„Versiegelung light“ gibt es nicht

Auch wenn Projektunterlagen gern von „temporär“ sprechen: Ein **dauerhaft offener Betriebsbereich** bleibt obligatorisch (Zufahrt, Rettung, Wartung). Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sind rechtlich vorgesehen – sie **ersetzen** aber keinen gewachsenen, naturnahen Altbestand. Das sagt sogar die Branchenbroschüre: Naturnahe, unzerschnittene Wälder sollen **nicht** in Anspruch genommen werden.

Quelle: fachagentur-wind-solar.de

Die vier Fragen – vier klare Antworten

1. Wieviel Sauerstoff produziert ein Windrad?

Null. Sauerstoff kommt aus **Photosynthese** von Pflanzen – nicht aus Stahlbeton. Die Leistungen des Waldes für Wasser/Filterung/Kühlung sind ökosystemisch, nicht technisch. Quelle: [LWF Bayern](http://LWF_Bayern)

2. Wieviel Wasser speichert ein Windrad?

Keines. Es verändert über Fundament/Wege den **Bodenwasserhaushalt** – zulasten von

Infiltration/Speicher. Quelle: [LWF Bayern](#)

3. **Wieviel Nahrung bietet ein Windrad?**

Keine. Rodung entzieht Früchte, Pollen, Laubstreu, Totholz-Habitate – die Basis zahlreicher Nahrungsketten. (Deshalb braucht man Ausgleichs-/Strukturmaßnahmen – die sind Ersatz, nicht Äquivalent.) Quelle: [fachagentur-wind-solar.de](#)

4. **Wieviel Sichtschutz/Schatten?**

Minimal und punktuell. Ein Turm ersetzt keine Kronenbeschattung, keine Verdunstungskühlung und keinen Lärmpuffer eines geschlossenen Bestands – im Gegenteil: Er **erzeugt** neue Ränder. Quelle: [NW-FVA](#)

Interessenkonflikt? Dann bitte auf den Tisch!

Klein von Wisenberg ist Waldbesitzer, forstlicher Gutachter und als „Forestry Expert/Appraiser“ unterwegs. Wer an Pacht- und Betreibererlösen aus Waldstandorten potentiell **ökonomisch** profitiert, sollte **erst recht** erklären, warum er **ökologisch** das Risiko verantwortet – und welche **Mindeststandards** (Ausschluss naturnaher Bestände, harte Abschalt-Algorithmen, bodenkundliche Baubegleitung, Minimierung der Dauerflächen) er **verbindlich** macht. Alles andere riecht nach „erst der Vertrag, dann die Natur“.

Quelle1: [Forstverwaltung Mengkofen](#)

Quelle2: [firstforest.com](#)

Das Minimum an Redlichkeit

Wenn überhaupt, dann gelten die **brancheninternen** Leitlinien: **intensiv bewirtschaftete, artenarme** Bestände mit vorhandener Erschließung **statt** naturnaher, unzerschnittener Wälder; **Eingriffe minimieren, Zerschneidung vermeiden, Ausgleich** ehrlich bilanzieren. Das steht schwarz auf weiß – es wird nur



Wenn grüne Versprechen auf schmutzige Realität treffen

Grüne Versprechen, schmutzige Realität: Entlang der Zufahrtswege zum sogenannten „Windpark bei Neufahrn“ und bei Martinsbuch offenbart sich ein Bild systematischer Nachlässigkeit, das die Glaubwürdigkeit der gesamten Energiewende-Rhetorik in Frage stellt. Kunststoffreste, Folienreste, Dämmstofffragmente und Metallteile säumen kilometerlange Waldwege – ausgerechnet dort, wo vorbildlicher Umweltschutz praktiziert werden sollte.

Die Ironie könnte größer nicht sein: Projekte, die als Beitrag zum Klimaschutz und zur Nachhaltigkeit beworben werden, hinterlassen eine Spur der Umweltzerstörung, die jeden Nachhaltigkeitsbericht zur Makulatur macht. Was hier sichtbar wird, ist mehr als nur ein ästhetischer Makel oder ein bedauerlicher Einzelfall – es ist der sichtbare, dokumentierte

Beweis für das systematische Versagen von Kontrolle, Verantwortung und behördlicher Aufsicht.

Das perfide System der Verantwortungslosigkeit

Besonders perfide: Während kleine Handwerker bei der geringsten Unordnung auf der Baustelle sofort zur Rechenschaft gezogen werden, scheinen Großprojekte der Energiewende unter einem besonderen Schutzschild zu stehen. Als ob der noble Zweck – Klimaschutz – alle Mittel heiligen würde. Als ob Nachhaltigkeit bedeutete, heute den Wald zu vermüllen, um morgen das Klima zu retten.

Diese Doppelmoral durchzieht das gesamte System: Von den Planungsbehörden, die großzügig wegschauen, über die Bauunternehmen, die Kostenoptimierung über Umweltschutz stellen, bis hin zu den Auftraggebern, die sich mit Nachhaltigkeitsbroschüren schmücken, während ihre Baustellen eine Schneise der Verwüstung hinterlassen.

Windpark bei Neufahrn: Eine Schneise der Nachlässigkeit

Die Dokumentation am „Windpark bei Neufahrn“ liest sich wie ein Lehrbuch für systematisches Umweltversagen. Über elf dokumentierte Fundstellen verteilt sich eine Kette der Nachlässigkeit, die das wahre Gesicht vermeintlich grüner Projekte enthüllt:

Fundstelle 1: Plastikfolienreste, vermutlich von Verpackungen oder Abdeckungen, großflächig im Unterholz verteilt. Die Fragmente haben bereits begonnen, sich in kleinste Teilchen aufzulösen – ein Prozess, der Jahrzehnte dauern wird und das Ökosystem nachhaltig schädigt.

Fundstelle 2: Dämmstofffragmente unterschiedlicher Größe, teilweise bereits von der Witterung zersetzt. Besonders problematisch: Diese Materialien können gesundheitsschädliche Fasern freisetzen, die sowohl für Wildtiere als auch für Erholungssuchende eine Gefahr darstellen.

Fundstelle 3: Metallteile, vermutlich Verschnitt von Bauarbeiten, achtlos in den Seitenstreifen entsorgt. Die scharfen Kanten stellen eine direkte Verletzungsgefahr für Wildtiere dar.

Martinsbuch: Wenn Einzelfälle zum System werden

Auch am Herman (V-Markt Betreiber) Windrad bei Martinsbuch (48.750121, 12.389939) das gleiche Bild: Was als bedauerlicher Einzelfall verkauft wird, entpuppt sich als Teil eines systematischen Problems. Die Fundstelle zeigt eine Mischung aus verschiedenen Abfallarten, die eines gemeinsam haben: Sie gehören nicht in den Wald.

Fundkoordinaten der Umweltsünden

„Windpark bei Neufahrn“ – Verschmutzungskette:

- 48.767030, 12.155314
- 48.766984, 12.153120
- 48.766909, 12.151685
- 48.764921, 12.149174
- 48.761129, 12.162542
- 48.759452, 12.160997
- 48.754208, 12.160819
- 48.752881, 12.158283
- 48.751576, 12.158027
- 48.751250, 12.157771
- 48.751231, 12.173587

Martinsbuch („Herman“-Windrad):

▪ 48.750121, 12.389939

Die unsichtbaren Schäden: Was nicht dokumentiert werden kann

Noch problematischer als die sichtbaren Abfälle sind die unsichtbaren Schäden: Mikroplastik, das bereits in den Boden eingedrungen ist. Schadstoffe, die bei der Zersetzung der Materialien freigesetzt werden. Bodenversiegelung durch achtlos abgestellte Baumaschinen. Verdichtung empfindlicher Waldböden durch schwere Transporte auf nicht dafür ausgelegten Wegen.

Diese Schäden lassen sich nicht einfach „wegräumen“ – sie werden das Ökosystem über Jahre und Jahrzehnte belasten. Ein Kollateralschaden, der in keiner Umweltverträglichkeitsprüfung auftaucht, weil er erst nach Projektabschluss sichtbar wird.

Konkrete Forderungen: Keine Kompromisse mehr

Sofortmaßnahmen: Was jetzt passieren muss

Die dokumentierte Sachlage erfordert nicht nur Konsequenzen – sie schreit nach ihnen. Hier geht es nicht um Verhandlungen oder Kompromisse. Hier geht es um die Durchsetzung geltendem Rechts und den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen.

1. Vollständige Bestandsaufnahme und Räumung Nicht irgendwann – jetzt: Alle dokumentierten Fundstellen müssen binnen 14 Tagen restlos geräumt werden. Mit vollständiger Dokumentation durch unabhängige Gutachter,

lückenloser Fotodokumentation vor, während und nach der Räumung sowie rechtsgültigen Entsorgungsnachweisen für jede einzelne Materialart. Keine Alibiveranstaltung: Die Räumung muss fachgerecht erfolgen, nicht durch schnelles „Wegkehren“ oder oberflächliches Sammeln. Auch bereits fragmentierte Materialien müssen soweit möglich aus dem Ökosystem entfernt werden.

2. Behördliche Vollkontrolle mit Konsequenzen Gemeinsame Task Force: Eine sofortige gemeinsame Begehung aller zuständigen Behörden – Naturschutz, Forst, Bauaufsicht, Umweltamt – ist nicht nur wünschenswert, sondern rechtlich geboten. Diese Begehung muss binnen 7 Tagen nach Bekanntwerden der Dokumentation erfolgen. Öffentliches Protokoll: Das Ergebnis muss in einem öffentlich zugänglichen Protokoll mit konkreten Fristen, Maßnahmen und Verantwortlichkeiten münden. Keine internen Abstimmungen hinter verschlossenen Türen, sondern transparente, nachprüfbare Aufarbeitung. Persönliche Haftung: Die verantwortlichen Behördenvertreter müssen mit ihrer Unterschrift und ihrem Namen für die Umsetzung der Maßnahmen einstehen. Anonyme Zusagen reichen nicht mehr.
3. Sofortiger Baustopp: Lernen durch Schmerz Alle Arbeiten stoppen: Weitere Bau-, Transport- und Logistikarbeiten müssen sofort gestoppt werden, bis alle dokumentierten Mängel beseitigt sind und ein wasserdichtes Kontrollregime etabliert wurde. Wer nicht sauber arbeiten kann, darf nicht weiterarbeiten. Tägliche Kontrollen: Nach Wiederaufnahme der Arbeiten sind tägliche, unangekündigte Kontrollen durch behördliche Vertreter verpflichtend einzuführen. Die Kosten trägt der Verursacher. Empfindliche Strafen: Vertragsstrafen bei weiteren Verstößen müssen so hoch angesetzt werden, dass Nachlässigkeit teurer wird als Sorgfalt. Ein System, das Pfusch billiger macht als ordentliche Arbeit, ist ein System, das Pfusch fördert.
4. Auflagenverschärfung: Schluss mit dem Schwarzen-Peter-

Spiel Glasklare Verantwortlichkeiten: Die Genehmigungsaufgaben müssen nachgeschärft werden. Keine schwammigen Formulierungen mehr, keine Möglichkeiten, Verantwortung zwischen Hauptauftragnehmer, Subunternehmen und Sub-Subunternehmen hin- und herzuschieben. Engmaschige Kontrollen: Wöchentliche Berichtspflicht über alle verwendeten Materialien, deren Transport und Entsorgung. Monatliche Vor-Ort-Kontrollen durch unabhängige Sachverständige. Halbjährliche öffentliche Berichte über den Zustand aller Zufahrtswege und Arbeitsflächen.

5. Radikale Transparenz: Schluss mit dem Amtsgeheimnis Alles auf den Tisch: Sämtliche Genehmigungsaufgaben, Eingriffs- und Ausgleichskonzepte, Umweltverträglichkeitsprüfungen, Kontrollberichte und Mängelmeldungen gehören vollständig und ungekürzt auf die Webseiten der zuständigen Behörden. Bürgerrecht auf Information: Bürger haben das Recht zu erfahren, was in ihrem Namen, auf ihrem Grund und Boden und mit ihren Steuergeldern genehmigt wird. Informationsfreiheit ist kein Gnadenerhalt der Verwaltung, sondern ein Grundrecht.

Die rechtliche Dimension: Wenn Gesetze zur Makulatur werden

Kreislaufwirtschaftsgesetz: Klare Regeln, schwache Durchsetzung

Das Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) kennt keine Ausnahmen für vermeintlich klimafreundliche Projekte. § 7 KrWG verpflichtet jeden Abfallerzeuger zur ordnungsgemäßen Sammlung, Beförderung und Entsorgung seiner Abfälle. § 69 KrWG sieht für Verstöße Bußgelder bis zu 100.000 Euro vor – pro Verstoß, wohlgemerkt.

Die Realität: Diese Bestimmungen werden bei Windkraftprojekten systematisch ignoriert. Als ob der noble Zweck – Klimaschutz – alle Mittel heiligen würde. Als ob Gesetze nur für die kleinen Leute gelten würden.

Der Skandal: Während ein Handwerker, der eine Zigarettenstummel achtlos wegwirft, sofort belangt wird, können Millionen-Projekte der Energiewende offenbar tonnenweise Müll in der Landschaft verteilen, ohne dass jemand einschreitet.

Bayerisches Naturschutzgesetz: Papier ist geduldig

Art. 23 des Bayerischen Naturschutzgesetzes (BayNatSchG) verbietet ausdrücklich „Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft“. Art. 57 BayNatSchG sieht für Verstöße Bußgelder bis zu 50.000 Euro vor.

Die Perversion: Vermüllte Waldwege werden von den zuständigen Behörden nicht als „Beeinträchtigung“ gewertet, sondern als „unvermeidbare Begleiterscheinung“ verharmlost. Ein Waldbesitzer, der seine Fläche so behandeln würde, bekäme sofort Besuch vom Amt.

Bayerisches Waldgesetz: Der Wald als Verfügungsmasse

Das Bayerische Waldgesetz (BayWaldG) stellt in Art. 1 die Schutz-, Nutz- und Erholungsfunktion des Waldes unter besonderen Schutz. Art. 13 BayWaldG regelt die Benutzung von Waldwegen ausdrücklich und eng.

Die Praxis: Waldwege werden zu Industrie-Umschlagplätzen umfunktioniert, ohne dass die besonderen Schutzbestimmungen für den Wald beachtet werden. Schwere Transporte verdichten empfindliche Waldböden, Materialverluste vergiften das Ökosystem, Lärm und Erschütterung vertreiben die Tierwelt.

Eingriffs-/Ausgleichsregelung: Greenwashing mit System

Die bayerische Eingriffs-/Ausgleichsregelung predigt seit Jahren „Bauen im Einklang mit Natur und Landschaft“. Der offizielle Leitfaden ist voller schöner Worte über Vermeidung, Minderung und Ausgleich.

Die Wahrheit: Eine zufahrtsbegleitende Plastikspur passt zu diesem „Einklang“ wie eine Motorsäge zum Vogelschutzgebiet. Wer ernsthaft von Einklang spricht, muss proaktiv aufräumen und vorsorgen, damit gar nichts erst im Wald landet.













UVP-Pflicht: Wenn Prüfungen zur Farce werden

Bei größeren Windenergievorhaben greifen nach Anlage 1 UVPG Pflichten zur Umweltverträglichkeitsprüfung oder zumindest zur Vorprüfung des Einzelfalls. Diese Prüfungen sollen sicherstellen, dass alle Umweltauswirkungen erkannt, bewertet und minimiert werden.

Der Offenbarungseid: Wenn schon bei der simplen Disziplin „Abfalllogistik“ so eklatant versagt wird, stellt sich die Frage: Mit welcher Gründlichkeit werden die komplexeren Prüfaufgaben wie Artenschutz, Lärmschutz oder Landschaftsbild abgearbeitet?

Wenn ein Projekt nicht einmal in der Lage ist, seinen eigenen Müll ordentlich zu entsorgen, welche Glaubwürdigkeit haben dann die aufwendigen Gutachten über Fledermausschutz oder Vogelzug? Nachweise statt Narrative – darauf kommt es an.

Die ökologischen Folgen: Schäden für Generationen

Mikroplastik: Die unsichtbare Zeitbombe

Die sichtbaren Abfälle sind nur die Spitze des Eisbergs. Viel problematischer sind die unsichtbaren Folgen: Kunststoffe zerfallen unter Witterungseinflüssen in immer kleinere Fragmente, bis sie als Mikroplastik in die Nahrungskette gelangen.

Der Teufelskreis: Diese Mikroplastikpartikel werden von Bodenorganismen aufgenommen, gelangen über Pflanzen in Pflanzenfresser und von dort in Fleischfresser. Am Ende der Nahrungskette steht der Mensch – und konsumiert das Mikroplastik aus „seinen“ nachhaltigen Energieprojekten.

Die Zeitdimension: Während die Windräder nach 20-25 Jahren wieder abgebaut werden, verbleibt das Mikroplastik für Jahrhunderte im Ökosystem. Eine Hypothek auf die Zukunft, die in keiner Klimabilanz auftaucht.

Bodenversiegelung und Verdichtung: Schleichender Tod des Waldbodens

Waldböden sind über Jahrhunderte oder Jahrtausende gewachsene, hochkomplexe Ökosysteme. Ihre Struktur ist darauf angewiesen, dass Wasser, Luft und Nährstoffe frei zirkulieren können.

Die Zerstörung: Schwere Transporte verdichten diese empfindlichen Böden irreversibel. Das Porensystem kollabiert, Wasser kann nicht mehr versickern, Luftaustausch findet nicht mehr statt. Der Boden stirbt – und mit ihm alle Organismen, die von ihm leben.

Die Folgen: Verdichtete Böden können ihrer Funktion als Wasserspeicher und CO₂-Senke nicht mehr nachkommen. Ausgerechnet Klimaschutzprojekte zerstören damit eine der wichtigsten natürlichen Klimaschutzfunktionen.

Fragmentierung von Lebensräumen: Zerschneidung der Wildnis

Waldwege sind für viele Wildtiere natürliche Barrieren. Werden sie zu Industriestraßen ausgebaut und mit Müll gesäumt, wirken sie wie unüberwindbare Grenzen.

Die Isolation: Populationen werden isoliert, Genaustausch wird verhindert, lokale Inzucht programmiert. Besonders bedrohte Arten, die ohnehin nur noch in kleinen Restpopulationen vorkommen, werden so zusätzlich gefährdet.

Der Dominoeffekt: Das Verschwinden einer Art löst Kettenreaktionen aus, die das gesamte Ökosystem destabilisieren können. Ein Windpark mag klimafreundlich sein

– aber ein toter Wald speichert kein CO₂ mehr.

Behördliches Versagen: Wenn Kontrolleure wegsehen

Die Untere Naturschutzbehörde: Schutz durch Wegsehen?

Die Untere Naturschutzbehörde des Landratsamts Straubing-Bogen ist nach bayerischem Recht die zuständige Vollzugsbehörde für den Naturschutz vor Ort. Ihre Aufgabe ist es, Verstöße gegen das Naturschutzrecht zu ahnden und die Beseitigung von Beeinträchtigungen durchzusetzen.

Die Realität: Monatelang dokumentierte Verstöße werden ignoriert oder verharmlost. Statt energisch durchzugreifen, werden Ausreden gesucht: „Das ist nur vorübergehend“, „Das wird noch aufgeräumt“, „Das ist unvermeidbar“.

Die Frage: Warum versagen die Behörden bei Windkraftprojekten so offensichtlich? Liegt es an politischem Druck von oben? An mangelnder Ausstattung? Oder an einer ideologischen Verblendung, die Windkraft grundsätzlich für gut hält – unabhängig von den konkreten Umweltschäden?

Die Bauaufsicht: Genehmigen und vergessen?

Die Bauaufsichtsbehörde erteilt die Genehmigungen – und ist damit auch für deren Durchsetzung verantwortlich. Genehmigungen mit Auflagen sind kein Freibrief, sondern ein Vertrag mit Pflichten.

Das Versagen: Nach der Genehmigungserteilung scheint die Bauaufsicht ihre Aufgabe als erledigt zu betrachten. Kontrollen finden sporadisch oder gar nicht statt. Verstöße gegen Auflagen haben keine Konsequenzen.

Die Konsequenz: Bauherren lernen schnell: Auflagen kann man ignorieren, solange niemand kontrolliert. Ein System, das Verantwortungslosigkeit belohnt, züchtet Verantwortungslosigkeit.

Die Forstbehörde: Der Wald als Verfügungsmasse

Das Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (AELF) Straubing ist für den Schutz der Waldfunktionen zuständig. Dazu gehört auch der Schutz vor Beeinträchtigungen durch Dritte.

Die Untätigkeit: Offensichtliche Schäden am Wald und an Waldwegen werden nicht geahndet. Als ob Wald nur dann schützenswert wäre, wenn er nicht für die Energiewende gebraucht wird.

Die Polizei: Ordnungswidrigkeiten sind auch Straftaten

Umweltdelikte sind Straftaten – auch wenn sie von vermeintlich guten Projekten begangen werden. Die Polizei ist verpflichtet, entsprechende Anzeigen aufzunehmen und zu verfolgen.

Die Praxis: Anzeigen wegen Umweltdelikten im Zusammenhang mit Windkraftprojekten verschwinden oft in bürokratischen Mühlen oder werden nicht ernst genommen. Als ob Gesetze nur für die kleinen Leute gelten würden.

Was Bürger tun können: Selbsthilfe ist Bürgerpflicht

Dokumentation: Die Waffe der Wahrheit

Wenn Behörden wegschauen, müssen Bürger hinsehen. Wenn offizielle Stellen untätig bleiben, müssen Betroffene aktiv

werden. Das ist nicht nur ein Recht – es ist eine Pflicht gegenüber nachkommenden Generationen.

Professionelle Beweisführung

Fotografische Dokumentation: Machen Sie Übersichts- und Detailfotos jeder Fundstelle. Fotografieren Sie aus mehreren Blickwinkeln, um die Lage und das Ausmaß der Verschmutzung zu dokumentieren. Verwenden Sie eine Digitalkamera oder ein Smartphone mit GPS-Funktion, damit die Koordinaten automatisch gespeichert werden.

Datum und Uhrzeit: Stellen Sie sicher, dass jedes Foto mit Datum und Uhrzeit versehen ist. Aktivieren Sie die entsprechende Funktion in Ihrer Kamera oder Ihrem Smartphone.

Koordinaten notieren: Notieren Sie die exakten GPS-Koordinaten jeder Fundstelle. Verwenden Sie dazu Apps wie „GPS Essentials“ oder „What3Words“. Notieren Sie zusätzlich eine Wegbeschreibung („20 m südlich der Weggabelung am Hochstand“).

Videodokumentation: Machen Sie zusätzlich einen ruhigen Videowalk der betroffenen Strecken. Gehen Sie langsam, schwenken Sie die Kamera ruhig und kommentieren Sie dabei, was Sie sehen. Videos zeigen das Ausmaß der Verschmutzung oft besser als Einzelfotos.

Systematische Archivierung: Legen Sie für jede Fundstelle einen eigenen Ordner an (z.B. „2025-08-15_Neufahrn_Fundstelle-01“). Speichern Sie dort alle Fotos, Videos und Notizen systematisch ab.

Rechtssichere Meldungen

Schriftlich melden: Melden Sie jeden Fund schriftlich an alle zuständigen Behörden. Eine E-Mail reicht, aber bitten Sie um Eingangsbestätigung. Senden Sie Kopien an:

- Untere Naturschutzbehörde des Landratsamts
- Bauaufsichtsamt des Landratsamts
- AELF (Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten)
- Bei akuten Fällen auch an die örtliche Polizei

Konkrete Forderungen: Formulieren Sie konkret, was Sie erwarten: „Ich fordere die sofortige Räumung der dokumentierten Abfälle, eine Bestätigung der ordnungsgemäßen Entsorgung und Maßnahmen zur Verhinderung weiterer Verschmutzung bis zum [Datum].“

Fristen setzen: Setzen Sie klare Fristen für Antwort (14 Tage) und Maßnahmen (30 Tage). Kündigen Sie an, was Sie bei Untätigkeit unternehmen werden.

Rechtliche Schritte: Wenn Bitten nicht helfen

Widerspruch und Anfechtung

Genehmigungen anfechten: Wenn Sie der Ansicht sind, dass die Genehmigungen rechtswidrig erteilt wurden, können Sie innerhalb von vier Wochen Widerspruch einlegen. Lassen Sie sich dabei von einem Fachanwalt für Verwaltungsrecht beraten.

Nebenbestimmungen durchsetzen: Genehmigungen enthalten meist Nebenbestimmungen (Auflagen). Deren Nichteinhaltung können Sie als Bürger anzeigen und deren Durchsetzung verlangen.

Strafanzeige und Ordnungswidrigkeitenverfahren

Strafanzeige stellen: Umweltdelikte sind Straftaten. Stellen Sie bei der Staatsanwaltschaft oder der örtlichen Polizei Strafanzeige gegen die Verantwortlichen. Auch wenn die Erfolgsaussichten gering sind – jede Anzeige schafft Druck.

Ordnungswidrigkeitenanzeige: Verstöße gegen Umweltgesetze sind meist Ordnungswidrigkeiten. Diese können von den Behörden mit

empfindlichen Bußgeldern geahndet werden – wenn sie wollen.

Zivilrechtliche Ansprüche

Unterlassung fordern: Als Anwohner oder Betroffener können Sie zivilrechtlich die Unterlassung weiterer Verschmutzung fordern.

Beseitigung verlangen: Sie können auch die Beseitigung bereits vorhandener Verschmutzungen auf Kosten des Verursachers verlangen.

Quellen/Belege:

Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG), § 69 Bußgeldvorschriften – *Gesetze im Internet* (BMJ). [Gesetze im Internet](#)

Bayerisches Naturschutzgesetz (BayNatSchG), Art. 57 Ordnungswidrigkeiten – *gesetze-bayern.de* (aktuelle Fassung ab 1. Aug. 2025). [Gesetze Bayern](#)

Bayerisches Waldgesetz (BayWaldG) – *gesetze-bayern.de* (Zwecke/Waldfunktionen; letzte Änderung 23. Dez. 2024). [Gesetze Bayern](#)

Eingriffs-/Ausgleichsregelung: „Bauen im Einklang mit Natur und Landschaft“ – Infoseite und Leitfaden des StMB (Bayern). [Bayerisches Ministerium für Wohnen+1](#)

LfU Bayern – Zentrale Stelle Abfallüberwachung (Aufgaben & Ansprechpartner). [LfU Bayern+1](#)

UVPG Anlage 1 (Liste UVP-pflichtiger Vorhaben) – *Gesetze im Internet*; ergänzend Fachagentur Wind und Solar (Kurzinfos/Schwellen). [Gesetze im Internet](#)[Fachagentur Wind & Solar](#)

Waldrecht (allg. Überblick zu Waldfunktionen) – Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und

Blühflächen statt Wald? – Hubert Aiwanger verharmlost Naturzerstörung für Windkraft

Ein kritischer Kommentar zur Diskussion um den Windpark Sülzert und Bayerns planlose Energiewende.

Die Energiewende braucht Tempo – doch wie sie umgesetzt wird, entscheidet über ihre Akzeptanz. Der geplante Windpark im Waldgebiet „Sülzert“ an der Grenze zwischen Bayern und Hessen wird zum Sinnbild einer kopflosen Politik. Hubert Aiwanger, Bayerns Wirtschaftsminister und Chef der Freien Wähler, zeigt dabei einmal mehr, wie man mit Halbwahrheiten und Holzhammerrhetorik an der Lebensrealität der Menschen vorbeiregiert.

Der Wald als Kollateralschaden

Acht Windräder, jedes bis zu 170 Meter hoch, sollen in einem gesunden Mischwald entstehen – einem sogenannten „Klimawald“. Der Begriff ist kein PR-Gag, sondern beschreibt Wälder mit hoher Artenvielfalt und stabiler Struktur, die auch zukünftige Klimabedingungen überstehen können. Genau solche Wälder will man andernorts mit Millionenaufwand pflanzen – in Alzenau hingegen sollen sie für Windräder verschwinden.

Was sagt der Minister dazu? Hubert Aiwanger behauptet, Windräder würden kaum Wald zerstören. Es entstünden nur kleine Lichtungen, die ökologisch sogar *wertvoller* seien – schließlich blühten dort „Disteln und Schmetterlinge“. Die

Idee: Aus Fällung wird Förderung. Aus Waldverlust wird Biodiversitätsgewinn. Man könnte fast meinen, Aiwanger hält Motorsägen für Naturschutzgeräte.

Diese Argumentation ist brandgefährlich. Sie ist nicht nur zynisch, sondern ökologisch naiv. Ein funktionierender Wald ist weit mehr als die Summe seiner Blumen am Wegesrand. Er speichert Wasser, reguliert Temperatur, schützt vor Erosion – und ist in seiner Gesamtheit nicht durch ein paar bunte Blühstreifen ersetzbar.

Die Schönrechnerei der Standorte

„Warum im Wald?“ fragte ein Zuschauer während der Sendung. Aiwangers Antwort: „Weil die Dörfer in Bayern meist von Wald umgeben sind. Wenn man 1000 Meter Abstand hält, landet man eben im Wald.“ Diese These blendet aus, dass Bayern jahrzehntelang aktiv Windkraft verhindert hat – vor allem durch die sogenannte ehemalige *10H-Regel*, die riesige Abstandsflächen zu Siedlungen vorschreibt und damit Waldstandorte zur einzigen „Option“ macht.

Es war also politisch gewollt, dass Windkraft auf Freiflächen oder Industriebrachen fast unmöglich war. Und jetzt wird den Menschen gesagt: „Tja, jetzt bleibt halt nur noch der Wald.“ Aiwanger versucht, das Ergebnis dieser jahrelangen Verhinderungspolitik als „Alternativlosigkeit“ zu verkaufen – und viele durchschauen das.

Bürgernähe? Eher ein Monolog

Die Sendung „Jetzt red i“ lebt vom direkten Austausch mit Bürgern. Doch während sich die Menschen um die Zerstörung ihrer Heimat sorgen, begegnet Aiwanger ihnen mit gönnerhaftem „Fahrt halt mal dahin, wo's schon Windräder gibt“ – als ob Erfahrung mit Lärm, Flächenversiegelung und Wertverlust von Immobilien schon Akzeptanz schaffen würde.

Ein junger Mann brachte es auf den Punkt: „Überall ja – aber nicht bei uns. Wie wollen Sie die Leute mitnehmen?“ Aiwangers Antwort? Ein Anekdotchen über Rehe und Hasen, die angeblich friedlich unter Windrädern leben. Konkrete Bürgerbeteiligung? Fehlanzeige. Stattdessen dominieren Ausreden und Ablenkungsmanöver.

Dabei ist Beteiligung der Schlüssel zur Energiewende. Was aber wirklich passiert, ist genau das Gegenteil: Bürger erfahren von Großprojekten meist erst, wenn alles entschieden ist. Wirtschaftlichkeitsrechnungen fehlen, Umweltgutachten werden spät offengelegt, Abstimmungen übergangen. Kein Wunder, dass Widerstand wächst.

Belastungsgrenze längst überschritten

Albstadt – ein Ort mit rund 1300 Einwohnern – soll bald umzingelt sein: Windpark im Wald, ein Solarpark mit 14 Hektar, ein zweiter Solarpark auf bayerischer Seite, dazu ein riesiges Umspannwerk. Insgesamt geht es um über 60 Hektar Fläche – das Vierfache der eigentlichen Ortsgröße. Und Aiwangers Antwort darauf: „In der Lausitz wurde ein ganzes Dorf weggebaggert – so schlimm ist es bei euch doch nicht.“

Diese Argumentation ist zynisch. Nach dem Motto „Es geht schlimmer“ wird das massive Missverhältnis von Eingriffen und Ortsgröße kleingeredet. Gleichzeitig ignoriert Aiwanger die Rolle seiner Partei, die noch 2021 das geplante Umspannwerk selbst abgelehnt hatte. Heute ist es plötzlich „alternativlos“.

Energiewende braucht Planung, nicht PR

Die Energiewende ist dringend – keine Frage. Aber sie braucht Ordnung, nicht Chaos. In Alzenau scheint genau das Gegenteil zu passieren: Parallelplanung privater Windparks, massive PV-Flächen ohne klare Netzanschlüsse, fehlende Wirtschaftlichkeitsstudien – und das alles auf dem Rücken

kleiner Gemeinden, die weder personell noch finanziell auf diese Last vorbereitet sind.

Und der Energieminister? Der schaut zu, wie Ort für Ort überfordert wird – solange irgendwo die CO₂-Bilanz sinkt. Bürgerbeteiligung, regionale Gerechtigkeit, kluge Raumordnung – all das kommt in Aiwangers Denken kaum vor. Dafür umso mehr Populismus, Pseudo-Öko-Romantik und billige Polemik.

Fazit: Aiwanger ist Teil des Problems, nicht der Lösung

Was Bayern braucht, ist eine Energiewende mit Herz, Hirn und Handschlagqualität. Was Hubert Aiwanger bietet, ist eine Mischung aus Holzweg und Schönfärberei. Er romantisiert Windräder im Wald, beschwichtigt Bürger mit Reh-Geschichten und drückt Infrastrukturprojekte durch, ohne die Regionen mitzunehmen.

Dabei zeigen Projekte wie das Nahwärmenetz in Bracht (Hessen), wie es gehen kann – lokal, partizipativ, nachhaltig. Doch dazu bräuchte es Politiker, die zuhören, vermitteln und ehrlich mit Chancen wie Belastungen umgehen. Hubert Aiwanger hat in Alzenau gezeigt, dass er dazu nicht bereit ist.

Das Aus für das Referenzertragsmodell? Der stille Tod der Windkraft in

Süddeutschland – und warum das erst der Anfang ist



Der politische Kuhhandel beginnt

Was sich im neuen Koalitionsvertrag zwischen Union und SPD versteckt, ist nicht weniger als eine energiepolitische Zeitbombe für Süddeutschland. Ein harmlos klingender Satz – „Das Referenzertragsmodell wird auf den Prüfstand gestellt“ – entpuppt sich bei genauerer Betrachtung als Todesstoß für Hunderte von Gemeinden, die sich bereits auf Windkraftprojekte eingestellt haben.

Man muss kein Prophet sein, um zu erkennen: Wenn Politiker etwas „auf den Prüfstand stellen“, ist das Ergebnis meist vorher festgelegt. Es geht nicht um Verbesserung, es geht um

Abschaffung. Die Lobbyisten der großen Energiekonzerne reiben sich bereits die Hände.

Das perfide System hinter dem Referenzertragsmodell

Lassen Sie uns Klartext reden: Das Referenzertragsmodell ist nichts anderes als eine künstliche Beatmung für Windräder, die eigentlich nie hätten gebaut werden dürfen. An windschwachen Standorten – und davon gibt es in Süddeutschland reichlich – werden Anlagen hochgezogen, die nur durch massive Subventionen überleben können.

Die Rechnung ist simpel: Je schlechter der Wind weht, desto mehr Geld gibt's vom Staat. Ein Windrad in Bayern, das nur 60% der Leistung eines Nordsee-Windrads bringt, bekommt dafür satte Zuschläge. Bezahlen darf das der Stromkunde über die EEG-Umlage. Ein Perpetuum mobile der Geldvernichtung.

Die wahren Profiteure des Systems

Wer profitiert wirklich? Nicht die Bürger vor Ort, die mit Schattenwurf, Infraschall und zerstörten Landschaften leben müssen. Es sind die großen Projektierer, die Investmentfonds und die Grundstücksbesitzer, die ihre Äcker für 50.000 Euro Pacht pro Windrad und Jahr zur Verfügung stellen.

Besonders perfide: Viele dieser Verpächter wohnen gar nicht mehr in den betroffenen Gemeinden. Sie kassieren aus der Ferne, während die Nachbarn die Zeche zahlen.

Der große Bluff mit den Arbeitsplätzen

Immer wieder hören wir das Märchen von den Arbeitsplätzen durch Windkraft. Die Realität sieht anders aus: Ein Windpark mit 10 Anlagen schafft vielleicht 2-3 dauerhafte Jobs für Wartungstechniker. Die meisten davon gehen an spezialisierte Servicefirmen aus dem Norden.

Gleichzeitig verlieren Regionen ihre touristische Attraktivität. Wer will schon Urlaub zwischen 250 Meter hohen

Industrieanlagen machen? Hotels schließen, Gastronomen geben auf, ganze Dörfer veröden.

Die ökologische Katastrophe

Was die Windkraft-Lobby verschweigt: Für jedes Windrad werden bis zu 5.000 Tonnen Beton in den Boden gepumpt. Fundamente, die niemals wieder entfernt werden. Zuwegungen zerschneiden Wälder, seltene Vogelarten wie der Rotmilan werden zu Tausenden geschreddert.

Und das alles für eine Technologie, die bei Flaute keinen einzigen Kilowatt liefert. In Bayern stehen die Räder durchschnittlich 70% der Zeit still. Dafür opfern wir unsere letzten intakten Naturräume?

Das Nord-Süd-Komplott

Die Abschaffung des Referenzertragsmodells ist nur ein Baustein in einem größeren Plan: Der Norden produziert den Strom, der Süden soll ihn teuer kaufen. Die geplanten Stromtrassen – SuedLink, SuedOstLink – sind nichts anderes als Gelddruckmaschinen für die Netzbetreiber.

Garantierte Renditen von 9% auf jeden investierten Euro, bezahlt vom Stromkunden. Während im Norden die Windräder sich drehen, sollen im Süden die Stromzähler rotieren.

Die versteckten Kosten

Niemand spricht über die wahren Kosten der Windkraft:

Wertverlust von Immobilien: Bis zu 30% Wertverlust für Häuser im Umkreis von 2 Kilometern

Gesundheitskosten: Schlafstörungen, Stress, psychische Belastungen durch permanente Geräusche

Infrastrukturkosten: Straßen müssen für Schwertransporte ausgebaut werden

Rückbaukosten: Pro Windrad 500.000 Euro – wenn die Betreiberfirma nicht vorher pleite geht

Der demokratische Betrug

Besonders bitter: Viele Gemeinden wurden mit falschen Versprechungen geködert. Man versprach Gewerbesteuerereinnahmen in Millionenhöhe. Die Realität: Nach wenigen Jahren werden die Windparks an Briefkastenfirmen in Luxemburg verkauft. Die Gewerbesteuer fließt woanders hin, die Windräder bleiben.

Bürgerbeteiligung? Eine Farce! Bei den meisten Projekten dürfen Anwohner maximal symbolische Anteile zeichnen. Die echten Gewinne landen bei institutionellen Investoren.

Auch das Windkraft-Flächenziel wackelt

Und als wäre das noch nicht genug, haben Union und SPD noch einen zweiten Punkt im Koalitionsvertrag versteckt, der vielen Windkraft-Befürwortern schlaflose Nächte bereiten dürfte: Das ehrgeizige Ziel, bis 2032 ganze zwei Prozent der deutschen Fläche für Windräder freizugeben, soll auf den Prüfstand. Der Bundesverband Windenergie ist natürlich empört und meint, das sei viel zu früh – schließlich seien die meisten Flächen noch gar nicht ausgewiesen.

Aber mal ehrlich: Für unzählige Gemeinden und ihre Bewohner kann diese Überprüfung gar nicht früh genug kommen. Dieses starre Zwei-Prozent-Diktat ist doch völlig an der Realität vorbei! Da wird einfach beschlossen, dass jede Region – egal ob windig oder windstill – ihren Anteil an Windrädern abbekommen muss. Besonders absurd wird's in Süddeutschland, wo selbst an guten Tagen kaum ein Lüftchen weht. Trotzdem müssen die Kommunen krampfhaft Flächen ausweisen, koste es, was es wolle.

Viele Bürgermeister können ein Lied davon singen: Sie werden praktisch genötigt, ihre schönsten Wälder, Wiesen und Naherholungsgebiete für gigantische Windräder herzugeben – nur damit irgendeine Statistik in Berlin stimmt. Dabei weiß jeder vor Ort, dass diese Anlagen dort niemals wirtschaftlich laufen werden. Es ist höchste Zeit, dass dieser Irrsinn endlich

hinterfragt wird. Wir brauchen keine Planwirtschaft bei der Energiewende, sondern gesunden Menschenverstand: Windräder gehören dorthin, wo auch Wind weht – und nicht in jeden Wald, nur weil's eine Quote zu erfüllen gibt.

Die Alternative wird totgeschwiegen

Warum redet niemand über dezentrale Lösungen? Photovoltaik auf jedem Dach, Kleinwasserkraft, Biomasse aus regionalen Quellen – all das wäre effizienter und bürgernäher als gigantische Windparks. Aber damit lässt sich kein großes Geld verdienen.

Was jetzt passieren muss

Die Abschaffung des Referenzertragsmodells könnte der Anfang vom Ende des Windkraft-Wahns sein. Endlich würde sich zeigen, dass Windräder im Binnenland ökonomischer Unsinn sind.

Unsere Forderungen:

Sofortiger Stopp aller Windkraftprojekte in windschwachen Gebieten

Mindestabstand von 10H (10x Nabenhöhe) zu Wohnbebauung

Komplettes Verbot von Windkraft in Wäldern und Schutzgebieten

Rückbauverpflichtung mit Sicherheitsleistung VOR Baubeginn

Echte Bürgerbeteiligung mit Vetorecht für betroffene Gemeinden

Fazit: Der Kaiser ist nackt

Die mögliche Abschaffung des Referenzertragsmodells entlarvt die Windkraft als das, was sie schon immer war: Ein subventionsgetriebenes Geschäftsmodell auf Kosten von Natur, Landschaft und Lebensqualität.

Wenn selbst mit massiven Zuschlägen kein wirtschaftlicher Betrieb möglich ist, sollten wir endlich den Mut haben zu sagen: Diese Technologie gehört nicht in unsere Kulturlandschaften.

Es ist Zeit, dass die schweigende Mehrheit aufsteht und NEIN sagt zu diesem Irrsinn. Bevor es zu spät ist und unsere Heimat

endgültig zur Industrielandschaft verkommen ist.

Quellen/ Belege:

<https://www.schwaebische.de/wirtschaft/stoppt-ein-einziges-wort-die-windkraft-in-baden-wuerttemberg-energiewende-3490903>

Berichtet über die Passage im Koalitionsvertrag (Zeile 1042-1044): „Wir überprüfen das Referenzertragsmodell auf Kosteneffizienz unter anderem hinsichtlich unwirtschaftlicher Schwachwind-Standorte“

<https://www.bmwk-energiewende.de/EWD/Redaktion/Newsletter/2016/04/Meldung/direkt-erklaert.html>

Erklärt die Funktionsweise des Referenzertragsmodells

<https://www.agora-energiewende.de/publikationen/verguetung-von-windenergieanlagen-an-land-ueber-das-referenzertragsmodell>

Studie zur Weiterentwicklung des Referenzertragsmodells

**Windkraft mit der Brechstange
– Wie der Planungsverband
Donau-Wald Demokratie,
Bürgerrechte und gesunden
Menschenverstand ignoriert**



Die Energiewende braucht Akzeptanz – und keine Planungswillkür im Hinterzimmer. Doch genau diese scheint der **Regionale Planungsverband Donau-Wald** mit erschreckender Offenheit zu praktizieren. Unter dem Deckmantel angeblicher Zeitnot wird hier nicht nur planungsrechtlich übergriffig agiert – sondern offensichtlich **bewusst gegen geltende Maßstäbe, Anwohnerinteressen und eigene Zielvorgaben verstoßen**. Der Fall **Franken-Neuhofen** ist ein beispielloses Dokument politischen Versagens – oder politischer Absicht.

Informiert, gewarnt – und bewusst ignoriert

Am **10. Juli 2025** wurde dem gesamten Planungsverband die dramatische Situation in Franken-Neuhofen detailliert dargelegt: Eine **regelrechte Umzingelung durch Windkraftprojekte**, wie sie in Bayern ihresgleichen sucht. Die

Gemeinde steht bereits heute unter massiver Vorbelastung – ökologisch, gesundheitlich, sozial.

Doch das Gremium reagierte nicht mit Verantwortung, sondern mit Ignoranz. Ein **Änderungsantrag** der Mitglieder **Mangold und Gold**, der die völlig überzogene Flächenausweisung zumindest korrigieren wollte, wurde **lapidar abgebügelt** – mit gerade einmal zwei Stimmen Zustimmung. Demokratische Teilhabe? Zweitrangig.

Die offizielle Ausrede: „Wir sind zu spät dran“

Die Begründung für das planungswidrige Durchregieren ist ebenso durchschaubar wie entlarvend: Laut **Laumer, Seissler und Lichtinger** sei man „schon so spät dran“, dass nun möglichst schnell möglichst viele Flächen ausgewiesen werden müssten.

Doch was daraus folgt, ist ein regelrechter **Wortbruch am Gesetz**: Anstatt sich an das bis **31.12.2026 geltende Ziel von 1,1 % Windvorrangfläche** zu halten – wie es das neue Wind-an-Land-Gesetz vorsieht – setzt der Verband **gleich auf 1,8 %**, also die Quote, die **erst ab 2032** verbindlich wird.

Was ist das für ein Verständnis von gesetzlicher Planung? Hier wird nicht geplant, hier wird **gezockt mit Bürgern, Eigentum und Lebensqualität**.

Pikant: Die Flächen sind längst mit einem Investor „besprochen“

Besonders brisant: Laut Hr. **Seissler** ist die Fläche bei Franken-Neuhofen bereits **mit dem Investor Hermann besprochen worden**. Diese Aussage ist ein offenes Eingeständnis dessen, was viele Bürger lange vermutet haben: **Die Entscheidungen werden längst hinter verschlossenen Türen getroffen – noch bevor überhaupt Planverfahren abgeschlossen sind.**

Was bedeutet das im Klartext?

Dass der Planungsverband offenbar **keine unabhängige, gemeinwohlorientierte Entscheidung treffen kann**, weil man sich **durch inoffizielle Investorengespräche politisch erpressbar gemacht hat**. Demokratie adé – willkommen im Klüngelclub.

Willkür beim Planungsziel: Wenn etwas nicht passt, wird es einfach gestrichen

Der Tiefpunkt ist jedoch die systematische **Manipulation der Planungsziele**. Hr. Schmauß, beauftragt mit der Erarbeitung der Windvorrangflächen, hat in seinem aktuellen Entwurf **die Vermeidung von Überlastungen vollständig gestrichen** – obwohl genau dieses Ziel in früheren Entwürfen noch zentral war.

Ein Schelm, wer Böses dabei denkt: **Ein Gebiet wie Franken-Neuhofen – objektiv völlig überlastet – würde mit einer solchen Vorgabe automatisch aus der Planung fallen**. Also wird die Vorgabe einfach getilgt.

Dass am Ende **Ronny Reith** mit viel Einsatz wenigstens einen „Appell zur Prüfung von Überlastung“ in die Präambel retten konnte, ist ein schwacher Trost. Ein Appell ersetzt **keine rechtlich bindende Schutzklausel**.

Was hier passiert, ist institutioneller Kontrollverlust

Die Geschehnisse im Planungsverband Donau-Wald zeigen in aller Deutlichkeit, wie leicht sich demokratische Strukturen in der Raumplanung unterwandern lassen, wenn Kontrolle, Transparenz und Rückgrat fehlen:

- **Rechtsstaatliche Fristen** werden instrumentalisiert, um

überzogene Maßnahmen durchzudrücken.

- **Investoreneinfluss** wird nicht nur geduldet, sondern in der Planung berücksichtigt.
- **Bürgerinteressen und Gemeindevinweise** werden ignoriert oder bewusst ausgehebelt.
- **Planungsziele** werden verändert, um unliebsame Tatsachen zu umgehen.

Das ist **kein Planungsversagen** – das ist **ein Planungskandal**.

Forderung: Sofortige Überprüfung durch übergeordnete Stellen

Es ist höchste Zeit, dass hier nicht länger auf lokaler Ebene gemauschelt wird. Was in Donau-Wald geschieht, muss **sofort durch unabhängige Stellen überprüft werden** – sei es durch das **Bayerische Innenministerium, die Raumordnungsbehörde oder parlamentarische Kontrollinstanzen**.

Denn wenn Planungsverbände zu Erfüllungsgehilfen von Investoren verkommen, hat das mit demokratischer Energiewende nichts mehr zu tun. Dann bleibt von Bürgerbeteiligung nur noch ein Feigenblatt.

Millionengrab im Bayerischen Wäldern: Wie der Mega-

Windpark Natur und Steuerzahler ruiniert



Was geplant ist – und was uns erwartet

Mitten in den uralten Wäldern Niederbayerns und der Oberpfalz, zwischen Mengkofen, Laberweinting, Geiselhöring, Neufahrn, Mallersdorf, Bayerbach, Sünching, Ergoldsbach und Schierling, sollen 12 Windparks entstehen zusammengefasst nennen wir das einen Mega-Windpark, wie ihn Bayern noch nie gesehen hat. Über 60 Windräder, jedes so hoch wie ein Wolkenkratzer, sollen sich bald durch die Baumkronen drehen – und das mitten im Forst, wo bislang Rehe, Füchse und seltene Vögel ihre Heimat hatten.

Während Bayern 2024 gerade einmal 15 neue Windräder ans Netz brachte – weit entfernt vom selbstgesteckten Ziel von 200 Anlagen pro Jahr – plant die Staatsregierung nun den großen Wurf: Mega-Windparks in den letzten unberührten Wäldern Niederbayerns und der Oberpfalz. Was Wirtschaftsminister Aiwanger als ‚Trendwende‘ verkauft, ist ein doppeltes Desaster.

Naturzerstörung unter dem Deckmantel der Energiewende

Was als grünes Prestigeprojekt verkauft wird, entpuppt sich bei genauerem Hinsehen als doppeltes Millionengrab: Für die Steuerzahler – und für die Natur. Denn für den Bau dieser Windräder müssen nicht nur einzelne Bäume, sondern ganze Schneisen in die Wälder geschlagen werden. Es geht nicht nur um die Standfläche der Türme, sondern auch um breite Zuwegungen, Kranstellflächen und dauerhafte Rodungen. Lebensräume werden zerschnitten, seltene Arten wie Fledermäuse und Greifvögel geraten in Gefahr, und der Wald als natürlicher CO₂-Speicher wird unwiederbringlich geschwächt. Ersatzaufforstungen auf dem Papier können den ökologischen Schaden vor Ort nicht ausgleichen.

Südquote: Subventionsmaschine auf Kosten der Allgemeinheit

Doch damit nicht genug: Die geplanten Windräder stehen in einer der windärmsten Regionen Deutschlands. Sie drehen sich oft im Leerlauf – kassiert wird trotzdem. Dank einer Sonderregel im Erneuerbare-Energien-Gesetz fließen für jede Kilowattstunde Windstrom aus diesen Schwachwindanlagen bis zu 13 Cent – mehr als doppelt so viel wie an windreichen Standorten im Norden. Der Süden zahlt drauf, die Betreiber lachen sich ins Fäustchen. Diese ‚Südquote‘ sollte eigentlich den Netzausbau reduzieren, wird aber zur Goldgrube für Investoren auf Kosten der Stromkunden. Das ist mehr als für Atomstrom in Großbritannien und sogar teurer als viele moderne Gaskraftwerke. Die Industrie in der Region winkt ab: Der Strom ist schlicht zu teuer, um wettbewerbsfähig zu sein. Die Differenz zahlt – wie immer – die Allgemeinheit.

Beton, Kosten, Folgeschäden

Zu den direkten Subventionen kommen versteckte Kosten: Für

jedes Windrad müssen bis zu 5 km Waldwege betoniert werden – so breit wie eine Landstraße. Wo früher Wildkatzen ihre Spuren hinterließen, rollen bald Tieflader mit Rotoren durch – bezahlt aus Steuermitteln. Die Netzanbindung? Ebenfalls auf Kosten der Allgemeinheit. Und wenn die Anlagen nach 20 Jahren zurückgebaut werden müssen, bleiben tonnensweise Betonfundamente im Waldboden – ein ökologisches Erbe für Generationen.

Abregelung im Sommer – Betreiber kassieren trotzdem

Und als wäre das nicht schon absurd genug, kommt es in den Sommermonaten noch dicker: Wenn die Sonne scheint und die Photovoltaik-Anlagen auf Hochtouren laufen, produziert Bayern oft mehr Strom, als das Netz aufnehmen kann. Die Folge: Wind- und Solaranlagen werden abgeregelt, der Strom wird gar nicht erst eingespeist – aber die Betreiber kassieren trotzdem Entschädigungen. Bezahlt wird auch das aus dem großen Topf der Steuerzahler.

Wasserkraft? Ihr Potenzial ist längst ausgeschöpft. Gaskraftwerke? Politisch unerwünscht und teuer. Und so wird weiter gebaut, was das Zeug hält – koste es, was es wolle. Während die Politik von Klimaschutz spricht, werden im Namen der Energiewende uralte Wälder geopfert – für Windräder, die oft stillstehen müssen, weil das Netz überlastet ist. Die Rechnung zahlen am Ende nicht nur die Steuerzahler, sondern auch die Natur.

Wald-Windkraft ist politisch umstritten

Besonders pikant: Selbst Naturschutzverbände sind gespalten. Während der BUND Naturschutz grundsätzlich für Windkraft plädiert, warnt der Landesbund für Vogelschutz (LBV) eindringlich: ‚Der Wald darf nicht zur Verfügungsmasse werden.‘ Die geplanten Anlagen bedrohen nicht nur Rotmilan und

Schwarzstorch, sondern zerschneiden auch die letzten Rückzugsräume für Wildkatze und Luchs.

Blick ins Ausland: Warum dort kein Wald geopfert wird

Ein Blick über die Grenze zeigt die Absurdität: In Österreich werden Windräder in Wäldern kategorisch abgelehnt. In der Schweiz sind sie in Schutzgebieten verboten. Nur Deutschland opfert seine letzten Naturräume für eine Technologie, die an diesen Standorten wirtschaftlich unsinnig ist.

Lokaler Widerstand formiert sich

In Laberweinting formiert sich bereits Widerstand: Die Bürgerinitiative „Energiewende Ja – Umzingelung Nein“ kämpft für eine faire und nachhaltige Energiewende im Labertal. Wir sagen Ja zu grüner Energie und unterstützen den Ausbau erneuerbarer Energien – aber nicht um jeden Preis. Die geplante massive Umzingelung unserer Dörfer durch Windkraftanlagen bedroht unsere Lebensqualität, unsere Natur und das Miteinander in der Region. Wir setzen uns dafür ein, dass die Energiewende mit Augenmaß und unter Einbindung der Bürgerinnen und Bürger gestaltet wird. Unsere Heimat darf nicht zum reinen Industriegebiet werden. Es braucht Lösungen, die sowohl den Klimaschutz als auch den Schutz unserer Dörfer und Wälder im Blick haben.

– **Simon Berleb von der [Bürgerinitiative EjUn](#)**

Es geht nicht nur um ein paar Windräder. Es geht um den Verlust unserer Landschaft, um den Eingriff in jahrhundertealte Wälder, unsere Vögel und Wildtiere und um die Zukunft unserer Kinder. Während in Berlin über Klimaziele diskutiert wird, sollen hier bei uns Schneisen durch Lebensräume geschlagen werden – für Anlagen, die

wirtschaftlich nicht tragfähig und ökologisch katastrophal sind. Das ist nicht die Energiewende, die wir wollen. *Wir fordern: Schluss mit der Zerstörung unserer Heimat!*“

– Martin Promesberger von der [Bürgerinitiative ProNatur](#)

Die nackten Zahlen am Ende:

Jede der 60 geplanten Windkraftanlagen soll im Jahr rund fünf Millionen Kilowattstunden liefern. Macht zusammen 300 Millionen Kilowattstunden. Die Extra-Subvention pro Kilowattstunde: sechs Cent. Das ergibt eine jährliche Zusatzbelastung von über 18 Millionen Euro – Jahr für Jahr, über Jahrzehnte. In 20 Jahren summiert sich das auf mehr als 360 Millionen Euro, die aus den Taschen der Bürger verschwinden. Und das alles für Strom, der teurer ist als Atom- oder Gaskraft, und der im Sommer oft gar nicht gebraucht wird.

Schlusswort & Handlungsaufruf

Die Zeit drängt: Noch können die Planungen gestoppt werden. Noch können Bürger Einspruch erheben. Doch das Zeitfenster schließt sich. In wenigen Jahren könnten die ersten Bäume fallen – für Windräder, die mehr kosten als sie bringen, die öfter stillstehen als laufen, und die unsere letzten Wälder in Industrielandschaften verwandeln.

Die Frage ist nicht, ob wir Klimaschutz brauchen. Die Frage ist: Müssen wir dafür unsere Seele verkaufen? Es gibt Alternativen: Photovoltaik auf versiegelten Flächen, Windkraft an geeigneten Standorten, echte Energieeffizienz statt Subventionswahnsinn. Bayern hat die Wahl – noch.

Quellen & Belege

Durchschnittliche Windgeschwindigkeit in Bayern (5–6 m/s) vs. Norden (8–9 m/s)

Studie:

<https://naturschutz-initiative.de/aktuell/klartext/keine-windenergie-im-wald-neue-studie-des-upi-institutes-laesst-wesentliche-aspekte-aussen-vor/>

Höhere Kollisionsrisiken für Fledermäuse & Vögel

https://www.stmwi.bayern.de/fileadmin/user_upload/stmwi/publikationen/pdf/2023-05-24_Windenergieanlagen_im_Wald.pdf

Südquote im EEG – bis 20 % Zuschlag ab 2024

https://ariadneprojekt.de/media/2022/06/Ariadne-Analyse_Regionale-Steuerungsinstrumente_Juni2022.pdf

Flächenverbrauch pro Windrad im Wald ($\approx 0,5$ ha dauerhaft)

<https://de.wikipedia.org/wiki/Windkraftanlage>

EEG-Vergütung – Subventionshöhe bis zu 13 Cent und Funktionsweise

<https://www.windbranche.de/wirtschaft/eeg-verguetung>

https://ariadneprojekt.de/media/2022/06/Ariadne-Analyse_Regionale-Steuerungsinstrumente_Juni2022.pdf

Österreichs Wald-Ausschlusszone bei Windkraft

https://de.wikipedia.org/wiki/Windenergie_in_Ober%C3%B6sterreich

Gefährdete Greifvögel im

Visier: Rotmilan-Vorkommen im geplanten Windkraftgebiet bei Pramersbuch entdeckt



Mitten im Herzen der niederbayerischen Kulturlandschaft spitzt sich ein grundlegender Zielkonflikt zwischen der dringend benötigten Energiewende und dem Schutz bedrohter Arten zu. Im Gebiet rund um Pramersbuch, wo die Errichtung mehrerer moderner Windkraftanlagen geplant ist, wurden in den vergangenen Wochen wiederholt Rotmilane (*Milvus milvus*) gesichtet – eine in Deutschland streng geschützte Greifvogelart, die als besonders windkraftsensibel gilt.

Die geplanten Windenergieanlagen, die jeweils eine Leistung von 7,2 Megawatt und eine Gesamthöhe von 261 Metern erreichen sollen, sind Teil eines groß angelegten Projekts zur Förderung erneuerbarer Energien in der Region Mengkofen. Ziel ist es,

klimafreundlichen Strom für mehr als 33.000 Haushalte zu erzeugen und die lokale Wertschöpfung zu stärken. Doch der Schutz der Artenvielfalt stellt die Planer vor erhebliche Herausforderungen.

Rotmilan: Ein Symbol für Bayerns Artenvielfalt

Der Rotmilan ist nicht nur ein faszinierender Greifvogel, sondern auch ein Symbol für die biologische Vielfalt Bayerns. Deutschland trägt eine besondere Verantwortung für den Erhalt dieser Art, da hier etwa die Hälfte des weltweiten Bestands brütet. Rotmilane sind auf strukturreiche Kulturlandschaften angewiesen, in denen sie ausreichend Nahrung und geeignete Brutplätze finden. Gerade diese Lebensräume sind jedoch zunehmend durch Infrastrukturprojekte wie Windkraftanlagen bedroht.

Präzise Nachweise durch engagierte Bürgerinnen und Bürger

In den letzten Wochen haben aufmerksame Anwohnerinnen und Anwohner mehrfach Rotmilane beim Jagen, Kreisen und Ruhen beobachtet. Die Beobachtungen wurden sorgfältig dokumentiert: Viele hochauflösende Fotos teilweise mit GPS-Koordinaten, Datum und Uhrzeit belegen eindeutig, dass sich die Tiere regelmäßig im betroffenen Areal aufhalten – und zwar nicht zufällig, sondern mit territorialem Bezug. Die Sichtungen deuten auf mehrere ortsansässige Paare hin.

Die Bürgerinitiative hat die Nachweise systematisch gesammelt und in Beobachtungsprotokollen festgehalten. Mehrere Personen haben die Aktivitäten der Rotmilane unabhängig voneinander bestätigt. „Die Tiere fliegen regelmäßig über die geplanten Standorte hinweg – teils genau auf Höhe der späteren Rotorblätter. Das ist ein klares Alarmzeichen“, erklärt Bürgerinitiative Pronatur. „Wir sprechen uns nicht grundsätzlich gegen Windkraft aus – aber nicht an Orten, wo sie streng geschützte Arten gefährdet.“

Gesetzliche Lage: Artenschutz als verbindliches Leitprinzip

Die rechtliche Situation ist eindeutig: Nach dem Bundesnaturschutzgesetz und dem europäischen Naturschutzrecht dürfen Windkraftanlagen nicht in Gebieten errichtet werden, in denen windkraftsensible Arten wie der Rotmilan regelmäßig vorkommen. Das sogenannte „Helgoländer Papier“ der Länderarbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten empfiehlt einen Mindestabstand von 1.000 bis 1.500 Metern zu einem Horst. Darüber hinaus ist das gesamte Umfeld – insbesondere in einem Radius von bis zu 3.000 Metern – auf bedeutende Jagdhabitats zu prüfen. Wird eine erhebliche Kollisionsgefahr festgestellt, ist das Vorhaben in der Regel nicht genehmigungsfähig.

In Bayern wurden bereits zahlreiche Windkraftprojekte aufgrund nachgewiesener Rotmilan-Vorkommen untersagt oder gestoppt. Auch technisch gesteuerte Abschaltzeiten gelten aus artenschutzrechtlicher Sicht nicht als ausreichend, sofern das Kollisionsrisiko insgesamt als erheblich eingestuft wird.

Energiewende und Naturschutz: Ein Balanceakt

Die Energiewende ist ein zentrales gesellschaftliches Ziel, das auch in der Region Mengkofen mit Nachdruck verfolgt wird. Die geplanten Windkraftanlagen sollen einen wichtigen Beitrag zur Reduktion von CO₂-Emissionen und zur Unabhängigkeit von fossilen Rohstoffen leisten. Doch der Schutz bedrohter Arten wie des Rotmilans darf dabei nicht ins Hintertreffen geraten. Der Naturschutzbund (NABU) und andere Umweltverbände mahnen, dass die gesetzlichen Vorgaben konsequent eingehalten werden müssen und Ausnahmen nur in eng begrenzten Fällen zulässig sind.

Forderungen der Bürgerinitiative: Planungsstopp, Transparenz und unabhängige Gutachten

Angesichts der dokumentierten Rotmilan-Aktivitäten fordert die Bürgerinitiative einen sofortigen Stopp der aktuellen Windkraftplanungen im Gebiet Pramersbuch. Es sei unerlässlich,

zunächst ein unabhängiges, fachlich fundiertes Artenschutzgutachten in Auftrag zu geben, das die Situation vor Ort objektiv bewertet. Nur so könne sichergestellt werden, dass die streng geschützten Greifvögel nicht durch den Bau und Betrieb der Anlagen gefährdet werden.

Darüber hinaus setzt sich die Initiative für eine transparente Beteiligung der Öffentlichkeit im gesamten Planungsverfahren ein. Sämtliche gesetzlichen Vorgaben im Bereich Arten- und Naturschutz müssten konsequent eingehalten werden – ohne Abstriche und ohne voreilige Ausnahmen.

„Artenschutz ist kein Luxus, sondern ein gesetzlich verankertes Grundprinzip. Die Energiewende muss im Einklang mit dem Naturschutz stehen – nicht auf Kosten unserer letzten Greifvögel“, betont die Bürgerinitiative Pronatur.

Die kommenden Monate werden zeigen, ob es gelingt, einen tragfähigen Kompromiss zwischen Klimaschutz und Artenschutz zu finden – oder ob der Rotmilan zum Symbol eines ungelösten Zielkonflikts in der bayerischen Energiewende wird.

Offener Brief an Herrn Hubert Aiwanger



Offener Brief an Herrn Hubert Aiwanger

Dieser hat am 12.06.2025 auf Instagram über den den Account des Bayerischen Wirtschaftsministeriums Folgenden Text Veröffentlicht:

Du denkst, wir pflastern Bayerns Wälder mit Windrädern zu? So einfach ist es nicht.□

Wenn wir über die Energiewende sprechen, darf die Windkraft nicht fehlen.

□□ *Und hier muss Bayern aufholen. Gekauft. Das Ziel der Staatsregierung, 1000 neue Windräder in Bayern bis 2030, ist erreichbar, aber nur, wenn der Wald mitberücksichtigt wird.*

Über ein Drittel der Landesfläche ist Wald, diese Gebiete liegen in der Regel am weitesten von Siedlungen entfernt und sind häufig der einzige Standort, an dem vorgegebene Abstände

überhaupt eingehalten werden können.

Jetzt denkst du vielleicht, wir opfern wertvollen Wald für die Energiewende. ☐

Fakt ist aber, dass Natur und Bürger profitieren können.

☐ Viele Windräder sind Bürgerprojekte, wie aktuell im Hofoldinger Forst bei München. Die Anwohner profitieren direkt vom Stromverkauf.

Für den Bau der Windräder müssen Bäume gefällt werden, doch rundherum wird aufgeforstet oder ein Lebensraum geschaffen, der außerhalb des Waldes längst Mangelware ist. Die Natur gewinnt dazu – und für Vögel sind Windräder längst nicht so gefährlich wie Katzen, Fenster oder Straßen. ☐

Windkraft im Wald ist mehr als saubere Energie.

Die Pachteinnahmen ☐ helfen auch dabei, den Wald aktiv umzubauen und widerstandsfähiger gegen den Klimawandel zu machen.

Was denkst du? Bist du bereit für Windräder im Wald bei dir daheim oder hast du Zweifel?

Schreib deine Meinung in die Kommentare. ☐.

Daraufhin bekam Herr Aiwainger innerhalb nur 24 Stunden Extreme Kritik von 31 Lesern und er hatte nur 3 Befürworter.

Offener Brief an Herrn Hubert Aiwainger

Sehr geehrter Herr Aiwainger,

mit großem Erstaunen und wachsender Besorgnis verfolgen wir Ihre jüngsten Werbekampagnen für den Ausbau der Windenergie in Bayern, insbesondere auf Plattformen wie Instagram. Sie präsentieren Windräder als zukunftsweisende Lösung, doch die Realität vor Ort sieht ganz anders aus: Während Sie in den sozialen Medien nur auf drei Befürworter stoßen, sprechen sich 31 Stimmen klar gegen Ihre Pläne aus, Bayern mit Windrädern zu überziehen. Die überwältigende Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger – sowohl direkt als auch indirekt betroffen – lehnt die Errichtung von Windkraftanlagen in unserer Heimat entschieden ab.

Wie bereits erwähnt, zeigen sowohl Ihre eigenen Instagram Beiträge als auch unsere Unterschriftensammlung ein klares Bild: Über 80% der nicht direkt betroffenen Menschen sprechen sich gegen Windräder in unseren Wäldern aus. Bei den direkten Anwohnern ist die Ablehnung sogar noch deutlicher – 95% bis zu 100% der Befragten sind gegen Windkraftanlagen in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft. Diese Zahlen sind ein unmissverständliches Signal, das Sie als verantwortlicher Minister nicht länger ignorieren dürfen.

Die Nachteile von Windenergieanlagen sind vielfältig und gravierend. Sie reichen von der massiven Beeinträchtigung des Landschaftsbildes über die Zerstörung wertvoller Natur- und Erholungsräume bis hin zu erheblichen gesundheitlichen Belastungen für die Anwohner. Der Lärm, der von den Anlagen ausgeht, ist nicht nur störend, sondern kann nachweislich zu Schlafstörungen, Stress und anderen gesundheitlichen Problemen führen. Der sogenannte Infraschall, der von Windrädern ausgeht, ist ein weiteres, bislang viel zu wenig beachtetes Risiko für die Gesundheit der Menschen.

Darüber hinaus werden durch den Bau von Windkraftanlagen große Flächen Wald gerodet und Lebensräume für zahlreiche Tierarten unwiederbringlich zerstört. Besonders betroffen sind seltene und geschützte Arten wie Fledermäuse und Greifvögel, die durch die Rotoren getötet werden. Die Versiegelung von Böden, der Bau von Zufahrtswegen und die Errichtung von Betonfundamenten hinterlassen dauerhafte Schäden in unseren sensiblen Ökosystemen.

Auch wirtschaftlich sind Windräder keineswegs die Heilsbringer, als die sie oft dargestellt werden. Die Stromerzeugung ist wetterabhängig und schwankend, was zu einer unsicheren Versorgungslage führt. Die Kosten für den Ausbau der Netze und die notwendige Speicherung des Stroms werden auf die Verbraucher abgewälzt. Gleichzeitig sinken die Immobilienwerte in der Nähe von Windkraftanlagen drastisch, was für viele Familien existenzielle Folgen hat.

Ein weiterer, oft übersehener Punkt ist, dass die Interessen und Sorgen der betroffenen Anwohner bei der Planung und Genehmigung von Windkraftanlagen regelmäßig ignoriert werden. Entscheidungen werden häufig über die Köpfe der Menschen hinweg getroffen, ohne Rücksicht auf deren Lebensqualität, Gesundheit und die Zukunft ihrer Heimat. Immer wieder zeigt sich, dass wirtschaftliche Interessen von Investoren und Projektentwicklern im Vordergrund stehen, während die berechtigten Anliegen der Bevölkerung keinerlei Gewicht haben. Dieses Vorgehen führt zu Frust, Unmut und einer tiefen Entfremdung zwischen Politik und Bürgern – und es macht deutlich, dass der Ausbau der Windkraft gegen den Willen der Mehrheit durchgesetzt werden soll.

Zudem ist die Frage der Versorgungssicherheit und Netzstabilität weiterhin ungelöst. Windenergie ist volatil und nicht grundlastfähig. In windarmen Zeiten

drohen Versorgungslücken, die durch teure und umweltschädliche Reservekraftwerke ausgeglichen werden müssen. Die Abhängigkeit von wetterabhängigen Energiequellen kann zu einer gefährlichen Instabilität im Stromnetz führen – mit unkalkulierbaren Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft.

Auch der oft propagierte Beitrag der Windenergie zum Klimaschutz ist kritisch zu hinterfragen. Die Herstellung, der Transport und die Errichtung von Windkraftanlagen verursachen erhebliche Mengen an CO₂ und anderen Schadstoffen. Die Entsorgung der riesigen Rotorblätter und Fundamente nach Ablauf der Lebensdauer ist bislang ungelöst und stellt eine enorme Umweltbelastung dar. Es ist ein Trugschluss zu glauben, dass Windräder per se klimaneutral sind.

Als Sohn eines Landwirts und Diplom-Agraringenieur (FH) der Fachhochschule Weihenstephan sollten Sie, Herr Aiwanger, eigentlich aus erster Hand wissen, welche gravierenden Folgen der Bau von Windkraftanlagen in Wäldern und auf landwirtschaftlichen Flächen mit sich bringt. Gerade Sie müssten die Bedeutung intakter Böden, gesunder Wälder und funktionierender landwirtschaftlicher Flächen für unsere Ernährungssicherheit, den Wasserhaushalt und das ökologische Gleichgewicht kennen. Die Rodung von Waldflächen für Windräder zerstört nicht nur wertvolle Lebensräume, sondern beeinträchtigt auch die Schutzfunktionen des Waldes, etwa beim Hochwasserschutz und als CO₂-Speicher. Auf Feldern führen die massiven Fundamente, Zufahrtswege und Baustellen zu Bodenverdichtung, Erosionsgefahr und langfristigen Ertragseinbußen. Die landwirtschaftlichen Betriebe, die ohnehin schon unter wirtschaftlichem Druck stehen, werden so zusätzlich belastet und in ihrer Existenz gefährdet. Gerade von Ihnen, mit Ihrem fachlichen

Hintergrund und Ihrer Herkunft, hätten wir mehr Verständnis und Einsatz für den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen erwartet.

Besonders kritisch sehen wir auch, dass sich einige Waldbesitzer und Grundstückseigentümer durch die Verpachtung ihrer Flächen an Windkraftbetreiber persönlich bereichern, während die negativen Folgen für Umwelt, Natur und die Allgemeinheit in Kauf genommen werden. Es ist moralisch höchst fragwürdig, kurzfristige finanzielle Vorteile über den langfristigen Schutz unserer Heimat und der natürlichen Lebensgrundlagen zu stellen. Die Verlockung, mit Pachteinahmen ein sicheres Einkommen zu erzielen, darf nicht dazu führen, dass wertvolle Wälder und Landschaften unwiederbringlich zerstört werden. Wer sich auf diese Weise bereichert, handelt nicht im Sinne des Gemeinwohls, sondern trägt aktiv zur Spaltung der Dorfgemeinschaft und zur Zerstörung unserer Umwelt bei.

Herr Aiwanger sie sollten sich für eine Energiepolitik einzusetzen, die auf Augenmaß, Vernunft und den Schutz unserer bayerischen Heimat setzt. Die Menschen in Bayern erwarten von ihrer Landesregierung, dass sie nicht blind einem Trend folgt, sondern verantwortungsvoll abwägt, was wirklich gut und richtig für Land und Leute ist. Stoppen Sie den weiteren Ausbau der Windenergie in sensiblen Gebieten und setzen Sie sich stattdessen für eine nachhaltige, naturverträgliche und sozial gerechte Energiepolitik ein. Es gibt zahlreiche Alternativen, die den Schutz unserer Heimat und die Versorgungssicherheit gleichermaßen gewährleisten können – von der Förderung der Solarenergie auf bereits versiegelten Flächen bis hin zu innovativen Speichertechnologien und einer echten Energieeinsparung.

Wir fordern Sie daher auf, die Sorgen und Argumente der

betroffenen Bürgerinnen und Bürger ernst zu nehmen und von weiteren Plänen zur Errichtung von Windrädern in sensiblen Gebieten Abstand zu nehmen. Setzen Sie sich stattdessen für echte Alternativen ein, die unsere Heimat und unsere Lebensqualität bewahren!

Mit freundlichen Grüßen

Bürgerinitiative ProNatur